Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland" werben! „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!"

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 17. | Berlin, 24. April 1931. | 12. Jahrg.

Kulturtagung bei der Bundesversammlung

am 1. Mai 1931 in Berlin N 4, Chausseestraße 94, Kriegervereinshaus. Beginn pünktlich 17.30 Uhr.

Vortragsfolge:

17.30 Uhr: Dr. Lüdtke: Kulturarbeit des Deutschen Ostbundes.
18.00 Uhr: Bürgermeister Hart-Meseritz: Lage, Nöte und Verkehrsfragen der Grenzmark Posen-Westpreußen.
18.45 Uhr: Aussprache.
19.30 Uhr pünktlich: Staatsarchivrat Dr. Kupke-Stettin: Lichtbildvortrag: Städtebilder aus Posen und Westpreußen.
20.15—21.30 Uhr: Darbietungen der Jungscharen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg (szenische Darstellungen, Musik, Gesang, lebende Bilder, Turnerisches). Ansprache des Jugendleiters Lehrer Baade-Bernau.
21.30 Uhr: Führerbesprechung über Kultur-, Frauen- und Jugendarbeit innerhalb des Deutschen Ostbundes.

Mit der Kulturtagung wird Ausstellung und Verkauf ostdeutscher Keramik verbunden sein. Der Eintritt zu der Kulturtagung ist frei.

Über die **Entschädigungsfragen** wird am Sonnabend, den 2. Mai, bei Punkt 4 und 8 der Tagesordnung der Bundesversammlung (Beschlußfassung über Anträge und Aussprache über die Bundesarbeit) verhandelt werden.

Industrie und Deutschtum im Osten.

Die städtische Siedlung unter den slawischen Völkern zwischen Ostsee und Balkan geht, außer an den Küsten des Mittelmeeres und mit ganz seltenen, anderen Ausnahmen, auf deutschen Ursprung zurück. Die deutschen Ostlandsiedler des Mittelalters haben städtische Rechts- und Lebensformen und die gewerblichen Fertigkeiten ihrer westlichen Heimat nach Zwischeneuropa gebracht. Was damals von ihnen auf polnischem Boden ins Leben gerufen wurde, ging durch den Kampf des polnischen Adels gegen die Städte bis auf geringe Spuren früheren Fleißes und Wohlstandes wieder zugrunde. Das 19. Jahrhundert hat eine neue Welle deutsch-städtischer Siedlung nach Osten gebracht. Die industrielle Entwicklung in Ostdeutschland und im inneren Weichselbogen Kongreßpolens geht auf die Entfaltung deutscher Kräfte zurück; und umgekehrt hat der gewerbliche Aufschwung des Landes zwischen Oder und Weichsel das Deutschtum dieser Gebiete gestärkt. Die Tatkraft Redens, des Gründers des oberschlesischen Bergbaues, und der Weitblick Drucki-Lubeckis, des Finanzministers im Königreich Polen nach 1815, haben die wirtschaftliche Struktur und damit die nationale Zusammensetzung der Bevölkerung dieses Landes tiefgreifend geändert. Oberschlesien ist eine Zusammenballung industrieller Kräfte und zugleich unbestreitbar deutscher Kultur- und Volksboden geworden. Lodz wurde zum größten Textilzentrum des Kontinents und hat 1910 unter seinen rund 500 000 Einwohnern nicht weniger als 125 000 Deutsche gehabt. Deutschtum und Industrie bedeuten hier gleichviel. (Siehe u. a. den Artikel „Aus der Geschichte der Stadtdeutschen in Russisch-Polen" in der Beilage „Am ostmärkischen Herd" Nr. 9, 10 und 11 von 1930.)

Der Grund zu einer solchen Entwicklung liegt auf der Hand. Der Deutsche besitzt eine gewerbliche Tüchtigkeit und fachliche Schulung, durch die er dem ackerbauenden Slawen überlegen ist. Städtische Formen waren schon sein Lebenselement, als es ein Stadtleben in Polen kaum gab. Eine bürgerliche Gesinnung, wie er sie schon seit Jahrhunderten in seiner Heimat pflegte, wurde durch ihn erst in den polnischen Osten verpflanzt. Er besitzt die größere Fähigkeit zu konzentrierter Anspannung der Kräfte, wie sie die Arbeit an komplizierten Maschinen verlangt eine gewerbliche Disziplin, die dem Polen nicht liegt, und eine Empfänglichkeit für technische Dinge, die den Polen mit ängstlicher Bewunderung erfüllt.

Die Tatsache, daß der Deutsche in der ganzen Ostmark verhältnismäßig sehr viel stärker in den städtischen Berufen vertreten ist als der Pole (im abgetretenen Posen und Pommerellen ist es inzwischen anders geworden!), hat ihn für das Auf und Nieder des wirtschaftlichen Lebens empfindlicher als diesen gemacht. Ein Rückgang der Konjunktur hatte ein relativ stärkeres Abströmen der anspruchsvolleren, gewerblich tätigen Deutschen zur Folge. Ein Wiederaufleben der Wirtschaft wird schon nach kurzer Zeit von einem neuen Zuzug schaffender und unternehmender Kräfte aus dem deutschen Westen gefolgt; d. h. die Entwicklung des gewerblichen Lebens, in erster Linie der Großindustrie, hat das deutsche Element im Osten gestärkt. Jeder neue industrielle Betrieb ist ein neuer Brennpunkt des Deutschtums geworden. Die zuwandernden Deutschen haben dem gesellschaftlichen und kulturellen Leben die Prägung gegeben und eine Intensivierung der geistigen Regungen gebracht, denen der Pole vielleicht ablehnend, aber machtlos gegenüberstand. Ein Vergleich zwischen Oberschlesien und Posen zeigt, wie viel mehr als die Landwirtschaft das Vorhandensein einer Industrie die Entwicklung des Deutschtums zu fördern vermag. Alle staatliche Siedlungsfürsorge hat nicht diese Erfolge für das Deutschtum in der Ostmark hervorbringen können, wie sie die ganz vorwiegend aus eigener Kraft entstandene Industrie Oberschlesiens hervorgebracht hat.

Hier kommen wir zu einem entscheidenden Punkt. Die Verstädterung Deutschlands hat dem agrarischen Osten zähllose deutsche Menschen entzogen und Raum für den nachdrängenden Polen frei gemacht. Auch nach Oberschlesien hat eine starke polnische Zuwanderung aus Galizien und Kongreßpolen stattgefunden. Aber hier wurde sie wirksamer als in Posen durch eine aus dem Westen kommende Gegenwanderung deutscher Menschen gestaut. Solange die Lust zur Siedlung und der Wunsch, mit dem Ackerboden zu verwurzeln, nicht wieder lebendig im deutschen Volke geworden ist, ist die industrielle Siedlung die am schnellsten wirkende Art, der Ostmark ihr Deutschtum zu erhalten; ihre industrielle Verarmung führt noch schneller als die Not des ländlichen Grundbesitzes zu einer deutschen Massenflucht in die Städte des Binnenreiches und des Westens. Wir sehen es täglich von neuem: Wo die Möglichkeit

einer gewerblichen Beschäftigung sie nicht hält, nimmt die Abwanderung der Unzufriedenen und überflüssigen katastrophalen Umfang an. Die ländliche Siedlung zieht sicherlich manchen tüchtigen Menschen an die gefährdete Grenze heran. Eine industrielle Siedlung aber saugt fast mit einem Schlage größere Gruppen aus dem Westen an oder hält andere im Lande fest, die andernfalls der Mangel an Verdienst und die Unlust oder die Unmöglichkeit, Bauer zu werden oder zu bleiben, zum Verlassen der Ostheimat zwingen. Die industrielle Siedlung ist am ehesten imstande, auch wieder *breitere Kreise der reichsinneren Gebildetenschicht in den vernachlässigten Osten zu ziehen*, wo sie als Führer und Werber des Deutschtums Sammelpunkte geistiger und wirtschaftlicher Energien im Wettstreit mit artfremden Volkstümern sind. Ein Siedlerdorf ändert das Lebensbild seiner Umgebung nicht stark. Es sät und werkt und erntet zurückgezogen und mehr oder weniger selbstgenügsam für sich. Eine Fabriksiedlung wird ein Mittelpunkt ihrer Umgebung, denn sie fördert die wirtschaftliche Verbindung des Grenzlandes zum Reich, verdichtet die Volkszahl und erweitert dadurch den Absatzmarkt für die Landwirtschaft der Umgebung.

Noch ein anderer Gesichtspunkt muß hervorgehoben werden: Durch die Entwicklung der Industrie kann nicht nur die Volksdichte auf ein durch landwirtschaftliche Siedlung allein nicht erreichbares Maß erhöht werden, sondern ist auch vor allem eine *Besserung der Einkommensmöglichkeiten* zu erzielen, die gerade in den ärmsten Bezirken zu einer Hebung des Wohlstandes und damit auch des kulturellen Lebens führen würde. Manche Mittel- und Kleinstadt, die heute ein kaum beachtetes Dasein führt, die wirtschaftlich nicht leben und nicht sterben kann und sich mit den Abfällen vom geistigen Tische der Nation begnügen muß, würde zu einem lebenstüchtigen Gemeinwesen erwachen. Warum soll sich das, was im Südwesten des Reiches schon lange Wirklichkeit ist, nicht auch im Osten in ähnlicher Form durchführen lassen? Dort hat, wie auch der flüchtig Durchreisende schon an dem Ausmaß der Bahnhofsanlagen feststellen kann, fast jeder kleinere Ort seinen großindustriellen Betrieb, der es sehr wohl mit der Konkurrenz der großstädtischen Industrie aufnehmen kann. Dort haben sich das fortschrittliche Gewerbe und die intensive Landwirtschaft auf glückliche Weise miteinander verbunden, und hat sich die berufliche Verquickung von Fabrikarbeit und Ackerbau als eine vorteilhaftere Lösung der sozialen Frage erwiesen als sie in der die Volkskraft verzehrenden Großstadt möglich ist.

Alle oft wiederholten Bedenken steigen da auf: Ob die Förderung der Industrie nicht neue Scharen polnischer Arbeiter ins Land ziehen würde, mit deren niedrigem Arbeitslohn der Deutsche nicht gern in Wettbewerb tritt? Da soll auf zwei Dinge hingewiesen werden: Die Zahl der in der Industrie Arbeit suchenden Polen fällt neben der in der Landwirtschaft tätigen Zuwanderer weniger ins Gewicht. Außerdem gibt es *Gesetze zum Schutz des nationalen Arbeitsmarktes* gegen unerwünschten Zuzug fremder Kräfte. Diese Gesetze werden *durch Tarifverträge ergänzt, in denen sich der Arbeiter selbst vor den Lohndrückern schützt.* Es kommt nur darauf an, ob wir dem Beispiel fremder Staaten in der Abriegelung des Arbeitsmarktes folgen wollen oder nicht. Dann wird eingewandt: Ob das Kapital in ein Gebiet ziehen wird, das geringere Gewinnmöglichkeiten verspricht als der Westen, weil die Entfernung zu den Rohstoffquellen und Absatzmärkten die Gewinnrate herabdrückt. Darauf darf wohl zweierlei gesagt werden. Es gibt Industriezweige, die hinsichtlich ihres Rohstoffbezuges und ihres Absatzes in hohem Maße unabhängig in der Wahl ihres Standortes sind. Hierher gehören die Textil-, Tabak-, Konserven-, Elektromotorenindustrie, die schon seit längerer Zeit in der Ostmark Eingang gefunden und sich mehr oder weniger gut behauptet haben. Es kämen noch andere Industrien in Frage, die sehr wohl im Osten angesiedelt werden könnten, weil sie von den Frachtkosten in hohem Maße unabhängig sind, so Schuh- und Jutefabriken, Kabel- und Netzfabriken u. a. Es gibt andere Zweige, die gerade in der agrarischen Umgebung des Ostens ihren wirtschaftlich günstigsten Standort finden, weil die Rohstoffquellen dort am nächsten liegen oder weil der Abnehmer für ihre Erzeugnisse in unmittelbarer Nachbarschaft sitzt. Das trifft zu für die Zuckerfabriken, die Kartoffelstärkeindustrie, die Mühlen, die Schwereisenindustrie, das holzverarbeitende Gewerbe, für die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte, künstlicher Düngemittel usw. Freilich muß zugegeben werden, daß manche dieser Industriezweige eine weitere Vermehrung der Betriebseinheiten ohne Existenzgefährdung für die bereits bestehenden nicht mehr vertragen könnten.

Die Belebung der Wirtschaft im Osten ist eine nationalpolitische Aufgabe ersten Ranges. Haben wir die Stärkung der Industrie erst einmal als ein Mittel der Deutscherhaltung und fortschreitenden Eindeutschung des Ostens erkannt, dann treten wir auch nicht mehr mit bloßen Rentabilitätsbedenken an diese Frage heran. *Wenn uns das Land erhalten bleiben soll, dürfen wir die Opfer, die diese Erhaltung kostet, nicht scheuen.* Die Opfer werden auf seiten der Reichsbahn vor allem in einer Tarifgestaltung bestehen, die auf die Grenzgebiete Rücksicht nimmt, auf seiten der Kommunen in der Bereitstellung billigen Ansiedlungsgeländes, Ermäßigung der öffentlichen Lasten, Wohnungsfürsorge, auf seiten des Staates in steuerlicher Nachsicht, Kredithilfe u. s. f., vor allem aber in der Sorge dafür, daß für die östliche Industrie sich durch eine günstige Handelsvertragspolitik ein Absatzmarkt nach Osten öffnet, der für das ostmärkische Gewerbe aus der Not der Gegenwart einen Vorteil für die Zukunft macht. Es soll nichts großgezogen werden, was später nicht einmal auf eigenen Füßen stehen kann. Alle Hilfsmaßnahmen müssen zeitlich begrenzt bleiben; sie dürfen nicht mehr als Erziehungsbeihilfen sein. In diesem durch Vorsicht beschränkten Rahmen läßt sich manches schaffen, was für den Osten ein dauernder Gewinn sein wird, weil es das Deutschtum stärkt.

Dr. K.

(Im Zusammenhang mit vorstehendem Artikel verweisen wir auf eine beachtenswerte Arbeit von Dr. C. *Winter*, Göttingen, die in der „Deutschen Schlachthof-Zeitung" Nr. 17 ff. 1930 erschienen ist und nach einer eingehenden fachlichen Erörterung des Themas „Schlachtnebenprodukte und Volkswirtschaft" abschließend die Möglichkeit behandelt, welche sich für den Osten durch den *Ausbau einer rentablen Fleischwarenindustrie* ergeben, die ihren Standort in den Hauptproduktionsgebieten wählt.)

Polen und der südosteuropäische Wirtschaftsraum.

Briands Gegenaktion. — Polnisch-tschechische Zollunion. — Gdingen—Saloniki.

Der Lärm um die österreichisch-deutsche Zollunion, der namentlich die französische, tschechische und dann auch die polnische Presse erfüllt hat, hat sich inzwischen gelegt. Das bedeutet aber nicht, daß man sich in Paris, Prag und Warschau mit dem Plan eines großdeutschen Wirtschaftszusammenschlusses abzufinden gedenkt. Nicht die grundsätzliche Ablehnung des Wiener Protokolls, sondern nur die Taktik des Auftretens hat sich geändert. Die Kampfansage, mit der Briand in der Senatsrede vom 28. März seiner Erregung über das unerwartet selbständige Handeln der beiden deutschen Regierungen Luft gemacht hat, und die scharfe Rede, in der der demnächst aus seinem Amt scheidende Präsident der französischen Republik, Doumergue, sein politisches Testament für seine Landsleute gemacht hat, sind keine leere Drohung geblieben. Wie die Pariser Presse triumphierend mitteilte, sollen die vom französischen Außenminister mit einer Reihe anderer Staaten im stillen gepflogenen Verhandlungen über eine gemeinschaftliche Gegenaktion gegen das deutsch-österreichische Wirtschaftsbündnis bereits große Fortschritte gemacht haben. Man ist angeblich zu einer grundsätzlichen Verständigung gekommen, über die auf der Genfer Völkerbundstagung im Mai offizielle Mitteilungen gemacht werden sollen. Als Ideal schwebt Briand anscheinend vor, *einen gegen Deutschland und Österreich gerichteten Wirtschaftsblock zustande zu bringen*, der sich aus Frankreich, England, Italien, der Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Bulgarien zusammensetzen und somit eine nahezu völlige wirtschaftliche Einkreisung der beiden deutschen Staaten in Mitteleuropa bedeuten würde. Sicher ist, daß Deutschland und Österreich bei der Durchführung ihrer Zollunionspläne auf den gegebenenfalls auch zu Gewaltmaßnahmen bereiten Widerstand der französischen Diplomatie stoßen werden, in der das Bekanntwerden des Wiener Vorvertrages eine äußerst lebhafte und weitgespannte Aktivität ausgelöst hat. Das handelspolitische Hauptinteresse Europas ist im Zusammenhang mit den österreichisch-deutschen Zollunionsplänen naturgemäß auf die Südoststaaten, auf die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Südslawien und Bulgarien, gerichtet, da sich eine Verwirklichung der deutschen Pläne am stärksten auf die handelspolitische Stellung *dieser* Staaten zu Mittel- und Westeuropa auswirken müßte. Frankreich will auf alle Fälle den Beitritt der Donaustaaten zum deutsch-mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiete verhindern. Es plant, diese Staaten und Polen wirtschaftlich an sich heranzuziehen, indem es ihnen das *System der Vorzugszölle* vorschlägt, also auf die wesentlichste Forderung einzugehen bereit ist, die von osteuropäischen Staaten im sogenannten Warschauer Programm im vergangenen Jahre aufgestellt worden ist. Unter dem Eindruck der österreichisch-deutschen Zollunion scheint es Briand gelungen zu sein, die innerhalb der eigenen Regierung bestehenden Widerstände gegen eine solche handelspolitische Bevorzugung Polens und der Donaustaaten (ohne Österreich und Ungarn) zu überwinden. Eine offizielle Mitteilung der französischen Regierung stellte jedenfalls fest, daß *im Pariser Kabinett die grundsätzliche Bereitschaft* bestehe, die *Wirtschaftspläne des eigenen Landes den größeren kontinentalpolitischen Plänen des Außenministers anzupassen.*

Da auch auf seiten Deutschlands die lebhafte Neigung besteht, den Südoststaaten das System der Vorzugszölle als Grundlage für die zu erneuernden Handelsverträge anzubieten, befinden sich diese Staaten in der günstigen Lage, die Vorteile gegeneinander abzuwägen, die auf der einen Seite das von politischen Absichten bestimmte Zusammengehen mit Frankreich und auf der anderen Seite die aus geographischen und wirtschaftlichen Gründen näherliegende Annäherung an Deutschland-Österreich bieten. Der Wettstreit um die wirtschaftliche und in deren Gefolge wohl auch um die politische Neuorientierung Osteuropas beginnt. Die Hauptgegenspieler in dieser ganz Europa berührenden Frage sind naturgemäß Deutschland und Frankreich. Neben Frank-

reich aber ist es auf der Gegenseite in erster Linie Polen, das die wirtschaftliche und politische Führerrolle in Zwischeneuropa anstrebt und dabei notwendigerweise als Gegner Deutschlands auftritt.

Von den Projekten, die als Antwort auf die österreichisch-deutsche Zollunion auftauchten, hat der Gedanke einer polnisch-tschechischen Zollunion in Polen starke Beachtung und ausführliche Kommentare gefunden. In den maßgebenden Kreisen Polens und der Tschechoslowakei hat man diesem Gedanken gegenüber bisher aber eine vorsichtige Zurückhaltung bewahrt. Man hat kein Vertrauen zueinander. In Polen hat man den Grenzstreit um das Teschener Schlesien, der 1920 beinahe zum Kriege geführt hätte, noch nicht vergessen und beobachtet man mit wachsendem Mißtrauen die Vorgänge in Karpathorußland, dem östlichen, von Ukrainern besiedelten Teil des tschechoslowakischen Staates, von dem aus die irredentistische Bewegung unter den ostgalizischen Ukrainern geschürt wird. Auch lassen sich die wirtschaftlichen Interessen der beiden Länder schwer miteinander vereinen. Die Tschechoslowakei hat in handelspolitischer Hinsicht den Polen, bisher wenigstens, niemals ein besonderes Entgegenkommen bewiesen. Und der tschechische Landwirtschaftsminister hat kürzlich in einer Rede in Gitschin erklärt, daß eine Zollunion mit den Staaten der Kleinen Entente und Polen vom agrarischen Standpunkt für die Tschechoslowakei nicht in Frage kommen könne. Der Minister erklärte wörtlich: „Aus politischen und nationalen Gründen werden wir in die Arme der brüderlichen Südslawen und der befreundeten Rumänen und Polen getrieben. Es gibt aber etwas, was uns von diesem Schritt zurückhält. Das ist das hohe Kulturniveau des tschechischen Volkes, das einen Vergleich mit südslawischen, rumänischen und polnischen Verhältnissen nicht verträgt. Durch eine Zollunion mit diesen Staaten würde der Lebensstandard der tschechischen Bauern herabgesetzt werden. Das sind sehr wichtige Gründe, die uns davon abhalten, die Kleine Entente zu einer Zollunion auszugestalten. Die Frage würde sich noch mehr komplizieren, wenn die Zollunion noch durch das ausschließlich landwirtschaftliche Ungarn erweitert würde. Die Stellung unserer Landwirtschaft wäre dadurch bedroht. Darum kann ich vor einem solchen Schritt nicht genug warnen." Und die Prager „Bohemia" schrieb: „Wenn jetzt in tschechischen politischen Kreisen eine Zollunion mit Polen in Erwägung gezogen wird (weil man aus politischen Gründen der im Werden begriffenen Wirtschaftsgruppe Deutschland-Österreich ein Gegengewicht entgegenstellen will), so zeugen die Zahlen der Handelsstatistik von wenig wirtschaftlichem Weitblick all jener Personen, die dieser Idee nachjagen. Eine Zollunion Tschechoslowakei-Polen würde nicht nur den Krisenzustand in der tschechischen Landwirtschaft dauernd festlegen, sondern würde auch die Krise in der Industrie immer mehr erweitern, weil Polen, das an der tschechoslowakischen Gesamtausfuhr nur mit 4 v. H. beteiligt ist, kein Absatzgebiet für die tschechischen Industrieprodukte darstellt, während der Inlandsabsatz der Industrie infolge der weiteren Schwächung der Kaufkraft der Landwirtschaft weiterleiden müßte."

Ernsthafte Kreise in Polen dürften sich mit dem Projekt einer Zollunion mit der Tschechoslowakei jetzt kaum noch befassen. Die Rede des tschechischen Landwirtschaftsministers hat der in Polen, als es um wirtschaftliche Vorteile ging, so plötzlich aufwallenden Liebe zu dem sonst so scheel und mißtrauisch betrachteten „slawischen Brudervolke" einen starken Dämpfer aufgesetzt, so sehr, daß ein Teil der polnischen Presse sogar ein Einschreiten ihres Außenministers wegen der Äußerungen des so wenig von der slawischen Bruderidee eingenommenen Prager Ministers verlangt. Der „Kurjer Gerwony" stellt fest: „Die tschechoslowakische Stellungnahme gegenüber Polen ist unklar. Einerseits spricht man von einer polnisch-tschechischen Zollunion, die auf breiter Verständigungsgrundlage mit anderen Staaten geschaffen werden soll, andererseits tun der Landwirtschaftsminister und der tschechische Außenminister Benesch alles, um Polen vor irgendwelchen Verhandlungen über das Thema einer polnisch-tschechischen Annäherung abzuschrecken. Die Lage wird noch durch die Tatsache kompliziert, daß der ungarisch-tschechoslowakische Handelsvertrag in baldiger Zukunft erlischt, aus dessen Meistbegünstigung auch Polen Vorteile hat. Dadurch wird der polnisch-tschechische Handelsvertrag lediglich zu einem Fetzen Papier und verliert für Polen seinen Wert. Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Prag und Warschau können bald beginnen, und wir haben die Hoffnung, daß sie die tschechischen Kreise endlich dazu bewegen werden, einen klaren Standpunkt gegenüber Polen einzunehmen. Wir werden dann auch erfahren, was die Tschechen eigentlich wollen: eine Zollunion mit Polen oder die Kündigung des polnisch-tschechischen Handelsvertrages durch Polen, da er für das letztere gar keinen Wert mehr besitzt."

Im Kampf um die Organisierung des zwischeneuropäischen Raumes verdienen die auf den Balkan gerichteten Verkehrspläne Polens starke Beachtung. Schon vor Jahren ist Polen mit Ungarn, Rumänien, Südslawien, Bulgarien und Griechenland in Verhandlungen über den Ausbau des Eisenbahnnetzes in diesen Ländern getreten. Es will unter Ausschaltung Deutschlands durchgehende Verkehrswege zwischen der Ostsee auf der einen und dem Schwarzen, Ägäischen und Adriatischen Meer auf der anderen Seite herstellen. Im Anschluß an die Kohlenmagistrale Gdingen—Kattowitz will es sich zwei Eisenbahnlinien in die Balkanländer erschließen; die eine soll über Ungarn laufen und sich in Budapest über Agram nach Fiume-Susak und über Belgrad nach Cattaro spalten; die zweite soll über Rumänien nach Galatz, Konstanza und Warna führen und sich in Bukarest über Turnu-Severin und Nisch nach Saloniki sowie über Giurgiu-Rustschuk und Sofia nach Konstantinopel verzweigen.

Während Ungarn, Südslawien, Bulgarien und Griechenland in der Hoffnung auf eine Belebung ihres Wirtschaftsverkehrs von vornherein nicht abgeneigt waren, den polnischen Vorschlägen zu folgen, lehnte Rumänien, das eine Schädigung seiner Schwarzmeerhäfen und eine Gefährdung seiner strategischen Sicherheit befürchtete, den Bau der beiden Donaubrücken bei Giurgiu und Severin ab. Dem Drängen Südslawiens, das sich auf einen Vertrag von 1914 beruft, und dem Druck Frankreichs, das ein militärisches und wirtschaftliches Interesse an den Bahn- und Brückenbauten besitzt, hat sich Rumänien jetzt so weit gefügt, daß es sich bereiterklärt hat, die Donaubrücke bei Turnu-Severin zu bauen. Polen wird also eine Eisenbahnverbindung durch Rumänien und Südslawien nach Saloniki erhalten. Griechenland ist bereit, den Polen in Saloniki eine Freihafenzone zu überlassen. Was will Polen mit diesem Ausbau seiner Verkehrswege auf dem Balkan erreichen? Es will sich zunächst einmal in Südosteuropa und Kleinasien neue Absatzgebiete für seine Industrieerzeugnisse schaffen und seine Stellung in diesen Ländern gegenüber dem deutschen Konkurrenten verbessern. Es will weiter über Saloniki eine neue Verbindung mit Frankreich herstellen für den Fall, daß ihm der Weg über die Ostsee versperrt wird. Vor allem will es den Handelsverkehr aus Südosteuropa und Kleinasien nach den Ostseeländern, insbesondere nach Schweden und Norwegen, an sich heranziehen und Stettin, über das bisher fast der gesamte Überland-Handelsverkehr Südosteuropas nach den Ostseeländern geht, ausschalten. Die Verwirklichung dieser Pläne, der Polen durch seinen Hafenvertrag mit Griechenland und den südslawisch-rumänischen Brückenvertrag ein beträchtliches Stück nähergekommen ist, würde eine nicht zu unterschätzende Stärkung der polnischen und damit auch der französischen Machtstellung in den Balkanländern bedeuten.

Die polnischen „Mindestforderungen" zur Zollunion.

Der dem Regierungslager nahestehende „Czas" schreibt, die Politik des Anschlusses bedeute für Polen eine Abriegelung seiner Landverbindungen nach dem Westen hin und mache eine Festigung des polnischen Küstenbesitzes zu einer um so gebieterischeren Notwendigkeit. Für jeden Schritt Deutschlands in der Richtung des Anschlusses müsse Polen daher als Mindestforderung ein Ostlocarno, also eine absolute Garantie für die Sicherheit seiner Grenzen verlangen. Über diese „Mindestforderung" hinaus müsse aber auch ein Ausgleich geschaffen werden für den Machtzuwachs Deutschlands, das Gebiete angliedern wolle, deren Bevölkerungszahl die der nach dem Versailler Vertrage abgetretenen Gebiete übersteige. Einen solchen Ausgleich erblickt der „Czas" in einer Erweiterung der polnischen Rechte in Danzig und in einer Abtretung der „ethnographisch polnischen Landgebiete" an Polen, die sich gegenwärtig noch im Staatsverbande des Deutschen Reiches befinden.

*

Die kostspielige Ausfuhr.

Die polnische Wirtschaftspresse pflegt seit Jahren jedesmal, wenn eine ausländische und besonders wenn eine deutsche Ware auf dem polnischen Markte mit polnischen Inlandswaren erfolgreich konkurriert, gegen den erfolgreichen Importeur den Vorwurf des Dumping-Imports zu erheben und mit dieser Begründung neue Schutzzölle zu verlangen. Dabei dürfte kaum ein anderer Staat, auch nicht einmal die Sowjetunion, einen so großzügigen und systematischen Dumping-Export organisiert haben, wie gerade Polen. Es wird im Auslande noch immer viel zu wenig beachtet, daß die polnische Kohle in Skandinavien z. B. zum halben polnischen Inlandspreis, die polnischen Schweine in Wien zu zwei Dritteilen des polnischen Inlandspreises verkauft werden. Für die polnische Kohlenausfuhr, die sich im Vorjahre auf 335 Mill. Zloty bewertete, ist kürzlich nachgewiesen worden, daß Polen allein an diesem Export rund 200 Mill. Zloty verlor!

Der bekannte polnische Wirtschaftler Bruno Sikorski stellte im „Kurjer Gospodarczy i Finansowy" Berechnungen über die Gesamtverluste Polens bei seinem Dumping-Export an. Sikorski kommt zu dem Schluß, daß der Unterschied zwischen den im Ausland erzielten Preisen für die polnische Schleuder-Ausfuhr einerseits und den Inlandpreisen für die betreffenden Güter andererseits im vergangenen Jahre rund 750 Mill. Zloty betragen hat. Das bedeutet, daß im Durchschnitt Polen seine letztjährige Ausfuhr, die sich auf 2,433 Mill. Zloty bewertete, um 30 v. H. unter den Inlandspreisen verkauft hat. Solche Schätzungen sind zwar mit Vorsicht aufzunehmen; ihre im wesentlichen übereinstimmenden Ergebnisse beweisen aber doch, daß Polen eine Handelspolitik betreibt, die sich im Wesen von den bolschewistischen Methoden der Exportforcierung aus politischen Gründen nicht unterscheidet.

Konflikt Danzig—Polen.

Wenn man in letzter Zeit die „Baltische Presse“, das deutschsprachige Organ des polnischen diplomatischen Vertreters in Danzig verfolgte, konnte man eine von Tag zu Tag zunehmende Verschärfung des Tones feststellen, in dem dieses Blatt über die Danziger Verhältnisse schrieb. Fast täglich wurde ausführlich über politische Unruhen im Gebiet des Freistaates berichtet, wurde der Danziger Regierung vorgeworfen, daß sie nicht imstande oder nicht gewillt sei, diese Unruhe zu meistern, wurde ihr vorgehalten, daß sie böswilligerweise die Fälle, in den polnische Staatsangehörige die Opfer politischer Ausschreitungen gewesen sein sollen, ungesühnt lasse. Die deutschfeindlichen Blätter in Polen griffen das „Material“, das ihr die „Baltische Presse“ und die „Gazeta Gdanska“ lieferten, auf, und setzten eine Pressehetze gegen Danzig in Szene, wie man sie seit dem Herbst v. J., als die Polenbundpresse das „Material“ über die angebliche Mißhandlung der polnischen Minderheit in Deutschland geliefert hatte, nicht mehr erlebt hat.

Die polnische Behauptung, daß die polnischen Bürger in Danzig recht- und schutzlos seien, gründet sich insbesondere auf folgende zwei Fälle: Am zweiten Osterfeiertag sollen unbekannte Täter das im Dock der Schichau-Werft liegende, der polnischen Reisschälerei in Gdingen gehörende Schiff „Kopernik“ überfallen, den wachthabenden Matrosen überwältigt und ihm mit einem Taschenmesser ein Hakenkreuz in die Brust eingeritzt und außerdem die auf dem Schiff befindliche polnische Flagge in Form eines Hakenkreuzes zerschnitten haben. Die Reisschälerei zog sofort ihr Schiff aus der Werft zurück. Von amtlicher polnischer Stelle wurde beim Danziger Senat interveniert und angedroht, daß sämtliche polnischen Regierungsaufträge, die den Danziger Werften erteilt worden seien, rückgängig gemacht werden würden, wenn sich ähnliche Fälle wiederholen sollten. Was war geschehen? Die von Danziger Seite angestellten Untersuchungen haben ergeben, wie von vornherein vermutet wurde, daß es sich nicht um einen Überfall, sondern um eine Mystifikation gehandelt und der polnische Matrose namens Wladislaw Jerzyk sich das Hakenkreuz selbst in die Brust geritzt hatte. Jerzyk hatte sich daraufhin am 11. April wegen wissentlich falscher Anschuldigung vor dem Danziger Schöffengericht im Schnellverfahren zu verantworten. Jerzyk wurde wegen groben Unfugs zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Eine mysteriöse Geschichte hatte somit ihre für Polen recht unerquickliche Aufklärung gefunden.

Beim zweiten Fall handelte es sich um den Streit zwischen dem Angestellten der polnischen Eisenbahndirektion Styrbicki und dem deutsch-danziger Eisenbahner Gengerski. Letzterer hatte eine ihm seit langer Zeit vorenthaltene Nachzahlung zu fordern. Es war, als Gengerski wieder einmal seinen rückständigen Lohn einforderte, zwischen ihm und dem Polen zu einer scharfen Auseinandersetzung gekommen, die damit endete, daß der als gewalttätig bekannte Styrbicki über den Deutschen, als dieser vor ihm die Treppe des Direktionsgebäudes hinuntergehen wollte, herfiel, von Gengerski aber in der Notwehr mit einem Taschenmesser schwer verletzt wurde. Diesen Verletzungen ist der Pole am folgenden Tage erlegen. Gegen Gengerski wurde ein Gerichtsverfahren eingeleitet. Er mußte jedoch, da er erwiesenermaßen in Notwehr gehandelt hatte, freigesprochen werden.

Der Fall des Eisenbahners Gengerski mußte dem polnischen Vertreter in Danzig zur Herbeiführung eines offenen diplomatischen Konfliktes dienen. Die Danziger Staatsanwaltschaft zog, da nach ihrer Auffassung auch vor der Berufungsinstanz keine belastenden Momente gegen Gengerski vorgebracht werden könnten, die Revision, die sie zunächst eingelegt hatte, zurück. Senatspräsident Dr. Ziehm hat nun dem Hohen Kommissar des Völkerbundes, dem Grafen Gravina, in Anwesenheit des polnischen Vertreters, Dr. Strasburger, erklärt, daß der Prozeß noch einmal vor der Berufungsinstanz verhandelt werden würde. Er konnte noch keine Kenntnis von dem Beschluß der Staatsanwaltschaft haben. Dr. Strasburger glaubte nun voller Entrüstung feststellen zu müssen, daß der Danziger Senatspräsident ihn und den Grafen Gravina wissentlich falsch unterrichtet hätte; er bat den polnischen Außenminister Zaleski um Abberufung von seinem Danziger Posten, da er, wie es in dem Demissionsgesuch hieß, „als Vertreter Polens die zur Wahrheit in Widerspruch stehenden Erklärungen des Herrn Senatspräsidenten nicht zur Kenntnis nehmen könne, und da er nicht über genügende Mittel verfüge, um die Sicherheit der polnischen Bevölkerung Danzigs gewährleisten zu können“.

Der Danziger Senat hat sich gegen diese Beschimpfungen von seiten des polnischen diplomatischen Vertreters in einer sachlichen Feststellung verwahrt, in der es u. a. heißt: „Die Polnische Telegraphen-Agentur begründet das Rücktrittsgesuch des polnischen diplomatischen Vertreters in Danzig, Ministers Strasburger, mit der Behauptung, daß die polnischen Staatsangehörigen in Danzig ohne ausreichenden Rechtsschutz seien. Diese Behauptung entbehrt jeder Begründung. Jeder polnische Staatsangehörige in Danzig genießt genau denselben Rechtsschutz, wie die Danziger Staatsangehörigen und wie jeder andere Fremde. Jeder Pole ist weder persönlich noch geschäftlich in der Ausübung seiner Tätigkeit in Danzig irgendwie behindert, und diejenigen wenigen Fälle, welche Minister Strasburger dem Senat zur Begründung des angeblich mangelnden Schutzes der Polen in Danzig mitgeteilt hat, sind durchweg Gegenstand einer gründlichen und unparteiischen Untersuchung gewesen. Es handelt sich um geringfügige Vorgänge, in denen eine Bestrafung nicht erfolgt ist, weil nach dem Ergebnis der Untersuchung eine Schuld der Angeschuldigten nicht nachgewiesen werden konnte. Das Ergebnis der Untersuchung ist in allen Fällen der polnischen Regierung und dem Völkerbundskommissar in Danzig, Graf Gravina, ausführlich mitgeteilt worden.“

Das Rücktrittsgesuch Strasburger war eine diplomatische Demonstration Polens gegen Danzig. Es sollte, wie der „Kurjer Poranny“ schrieb, ein Ausdruck des polnischen Willens sein, „die Aufmerksamkeit aller internationalen Faktoren ... auf die gegenwärtige Sachlage in Danzig zu lenken!“ In Wirklichkeit sollte das demonstrative Auftreten Strasburgers die Aufmerksamkeit der Völkerbundskreise von der Danziger Gdingenbeschwerde ablenken und die angeblich schlechte Behandlung der Polen in den Mittelpunkt des internationalen Interesses an Danzig stellen.

Außenminister Zaleski hat das Rücktrittsgesuch seines Danziger Vertreters abgelehnt. Das war angesichts der „Verdienste“, die sich Strasburger um die wirtschaftliche Niederkämpfung Danzigs erworben hat, nicht anders zu erwarten; es bestätigt nur die Feststellung, daß der Schritt Strasburgers nichts anderes als eine diplomatische Demonstration gegen Danzig sein sollte. Wenn Zaleski in seinem Schreiben an Strasburger aber gesagt hat, daß die das Rücktrittsgesuch veranlassenden Fälle „unabhängig von Strasburgers Tätigkeit entstanden“ seien, so muß dieser Behauptung doch ganz entschieden entgegengetreten werden. Strasburger hat durch die ihm sehr nahestehende „Baltische Presse“ und durch die voreilige Art, in der er aus an sich unbedeutenden Fällen diplomatische Aktionen zu machen pflegte, in entscheidender Weise zu der gehässigen Erregung in Polen und zu der Verschärfung der Beziehungen zwischen Danzig und Warschau beigetragen, als deren „Opfer“ er sich in seinem Rücktrittsgesuch dann gern hinstellen wollte. Strasburger wird also seinen Danziger Posten behalten, aber einen — vierwöchigen Urlaub antreten. Die Erklärung für diesen Urlaub liegt nahe: Der polnische Vertreter hat sich, indem er der Regierung eines Staates, in dem er tätig ist, Unwahrhaftigkeit vorwarf, einer so groben Anstandsverletzung schuldig gemacht, daß man es der Danziger Regierung bis auf weiteres in der Tat nicht zumuten kann, mit ihm persönlich zu verhandeln. Die Vermutung liegt nahe, daß der Hohe Kommissar des Völkerbundes, der über mehr diplomatischen Takt als Warschau und dessen Geschäftsträger verfügt, in diesem Sinne auf die polnische Regierung eingewirkt hat. Graf Gravina hatte sich nach Warschau begeben, offenbar, um die polnische Regierung darauf hinzuweisen, daß er als Vertreter des Völkerbundes das Auftreten Polens gegenüber Danzig in der Frage der Behandlung der Polen durch die Danziger Behörden für untragbar halte.

Der beruhigende Einfluß des Grafen Gravina reicht allerdings nicht so weit, um die Pressehetze, die sich nicht nur gegen Danzig, sondern naturgemäß gegen ganz Deutschland wendet, zum Schweigen zu bringen. Im Gegenteil richtet die polnische Presse, die wohl einsieht, daß sie im Völkerbundskommissar kein williges Werkzeug ihrer Absichten findet, nunmehr ihre Angriffe auch gegen Gravina, dem sie Unfähigkeit und Parteinahme für Danzig vorwirft. Wie im Herbst letzten Jahres, ist es auch diesmal in Polen wieder zu wüsten Demonstrationen gegen das Deutschtum gekommen. Den Auftakt haben die Warschauer Studenten gegeben, die in einer Protestversammlung am 20. April nach verschiedenen Hetzreden üblichen Stils sechs Entschließungen gefaßt haben. Es wird darin gegen „chauvinistische Überfälle unzurechnungsfähiger Danziger Kreise auf polnische Staatsbürger“ protestiert, ferner gegen „die unerhörten Methoden“ des Danziger Senats, der Strasburger und Graf Gravina „belogen“ hätte. Weitere Proteste richten sich „gegen den preußischen Chauvinismus, der eine dauernde Spannung zwischen Danzig und Polen hervorrufen will“. Sodann wurde in der Versammlung zum Boykott der Danziger Seebäder und Waren aufgefordert. Von der polnischen Regierung und vom Völkerbund wird „Wahrung der polnischen Interessen in Danzig“ verlangt. Nach Schluß der Versammlung marschierten die Studenten singend zur deutschen Gesandtschaft, doch hatten starke Polizeiabteilungen die Zugänge abgesperrt. Die Studenten sangen das „Rota“-Lied, beleidigende Rufe gegen Deutschland und besonders gegen Preußen wurden laut, auch der Ruf: „Es lebe das polnische Danzig!“ (!) Eine ähnliche Kundgebung fand auch vor der österreichischen Gesandtschaft statt.

Die Reichsregierung kann sich gegenüber diesem Treiben, dem auch die Warschauer Regierungskreise durchaus nicht fernstehen, nicht gleichgültig verhalten. Sie wird sich der Danziger Frage schon deshalb aktiv annehmen müssen, weil der polnische Außenminister die Absicht zu haben scheint, die Angelegenheit der „schlechten Behandlung“ polnischer Staatsangehöriger in Danzig vor dem Völkerbund zur Sprache zu bringen.

Danzigs völkerrechtliche Stellung.

Die völkerrechtliche Stellung Danzigs ist ausführlich erörtert in der Entscheidung des Völkerbundkommissars Mac Donnell vom 7. November 1924. Sie läßt sich dahin zusammenfassen: Danzig ist ein unabhängiger Staat und selbständiges Mitglied der völkerrechtlichen Gemeinschaft unter dem Schutze des Völkerbundes; Polen hat gegenüber Danzig als Staatsservituten zu bezeichnende Rechte, denen aber wichtige Pflichten gegenüberstehen. In einem Protektoratsverhältnis steht Danzig weder zum Völkerbund noch zu Polen.

Im Gegensatz zu dieser Auffassung hat Polen stets bestritten, daß Danzig ein selbständiger Staat im völkerrechtlichen Sinne sei. Der polnische Professor Makowski hat zum Beweise dafür in seiner 1925 in Paris erschienenen Schrift „La situation juridique du territoire de la Ville Libre de Dantzig" darauf hingewiesen, daß in dem Pariser Vertrag vom 9. November 1920 die sonst in Verträgen unter gleichberechtigten Staaten übliche Formel „Hautes Parties Contractantes" (die Hohen vertragschließenden Mächte) offensichtlich vermieden sei, um der Konvention nicht den Charakter eines „accord international" zu geben. Im Anschluß hieran berichtet er, daß in dem von Danzig „als amtliche Urkunden" veröffentlichten Text des Abkommens die Bezeichnung „Les hautes Parties Contractantes" zwar vorkomme, daß der Vertrag aber insoweit „falsifié", d. h. gefälscht sei. Wie jetzt durch Einsicht in die Urkunden festgestellt ist, ist es zwar richtig, daß eine Änderung vorgenommen ist; sie ist aber nicht durch Danzig erfolgt. Denn die von Danzig und Polen in Paris unterzeichnete Urschrift des Vertrages, die im Archiv Frankreichs aufbewahrt wird, enthält tatsächlich in den Artikeln 35 und 40 die Worte „Hautes Parties Contractantes". In den von Polen beim Völkerbund in Genf niedergelegten und Danzig übersandten, amtlich beglaubigten Ausfertigungen sind in den genannten Artikeln die Worte ersetzt durch „Pologne et la Ville libre de Dantzig" (Polen und die Freie Stadt Danzig). Die Ausfertigung ist beglaubigt durch den französischen Außenminister mit den Worten: Copie certifiée conforme: Le Président du Conseil. Ministre des Affaires Etrangères. Leygues. In den Ausfertigungen sind die Druckseiten, auf denen sich die Artikel 35 und 40 befanden, durch andere ersetzt.

Mit Note vom 14. Mai 1930 hat Danzig die polnische diplomatische Vertretung auf diese Unstimmigkeit hingewiesen und gebeten, „beim Sekretariat des Völkerbundes einen Antrag auf Berichtigung dieser Fehler, sowie auf eine Veröffentlichung der Berichtigung zu stellen".

Obwohl Polen mit Schreiben vom 18. August 1930 anerkannt hat, daß zwischen der Urschrift und der von dem französischen Außenministerium beglaubigten Abschrift eine Abweichung besteht, hat Polen trotz mehrfacher Erinnerungen den Antrag auf Berichtigung bisher nicht gestellt.

Es ist also festzustellen, daß — im Gegensatz zu Makowskis Behauptung — der Pariser Vertrag die Worte „Hautes Parties Contractantes" gebraucht. Deshalb wird man aus der von Professor Makowski selbst als ausschlaggebend anerkannten Tatsache, daß die Formel nur unter gleichberechtigten Staaten üblich ist, zu dem Schluß kommen müssen, daß die von Danzig vertretene Ansicht die richtige ist.

Das deutschsprachige Polenblatt, die „Baltische Presse", konnte es natürlich nicht unterlassen, diese für Polen und Frankreich in gleicher Weise kompromittierende Feststellung mit beleidigenden Entrüstungsrufen zu begleiten; das Polenblatt schreibt: „Dieser Angriff war so beispiellos und in solchem Maße taktlos (?), daß wir als Danziger Blatt (!) uns wegen eines solchen Angriffes von Danziger Seite schämen mußten. Aus diesem Grunde haben wir uns auch zunächst aller weitergehenden Betrachtungen und Kommentare enthalten, um das sowieso schon sehr ramponierte (?) Prestige der Freien Stadt nicht noch weiter einer Belastung auszusetzen. Der Angriff wegen dieser Stelle in der Kopie bedeutet nämlich einen unerhörten Vorstoß nicht gegen Polen, sondern gegen Frankreich (er bedeutet die berechtigte Abwehr einer polnischen Urkundenfälschung, bei der Frankreich Handlangerdienste geleistet hat. D. Schriftl.); denn das französische Außenministerium hat die Kopie fertiggestellt, auf deren Grundlage die Registrierung im Generalsekretariat des Völkerbundes vollzogen worden ist. Wenn ein Fehler in dieser vom Quai d'Orsay fertiggestellten Kopie unterlaufen ist, so muß er natürlich richtiggestellt werden. Wie wir erfahren, ist die entsprechende Sache schon im Gange. Über ihre Entwicklung ist der Hohe Kommissar des Völkerbundes genau informiert."

Es ist zu hoffen, daß Graf Gravina es ablehnen wird, die polnisch-französische Dokumentenfälschung mit seinem Namen zu decken; denn es handelt sich hier um eine grundsätzliche Frage, die für die Auseinandersetzungen zwischen Danzig und Polen noch einmal von ganz erheblicher Bedeutung sein kann. Wenn Danzig nicht mit Energie die Richtigstellung betreiben würde, würde Polen sich zu gegebener Zeit die Möglichkeit sehr wahrscheinlich nicht entgehen lassen, das gefälschte Dokument juristisch gegen die Freie Stadt auszuwerten. Der auf ihren diplomatischen Schleichwegen ertappten Partei ist die Aufrollung dieser Frage natürlich nicht angenehm. Das ist der Grund, warum sich die „Baltische Presse" jetzt ganz im Sinn ihrer Warschauer Geldgeber bemüht, die Angelegenheit als belanglos hinzustellen und so zu tun, als ob es „gar keine Bedeutung für den rechtspolitischen Charakter der Freien Stadt" habe, ob im Konventionsdokument die Worte „Hautes Parties Contractantes" oder die Worte „La Pologne et la Ville Libre de Dantzig" stehen.

Die Drosselung der Danziger Wareneinfuhr nach Polen.

Seit etwa einem Jahre werden in Polen Waren Danziger Ursprungs unter dem Vorwande beschlagnahmt, daß sie deutsches Erzeugnis seien, als „Danziger Kontingent" nach dem Freistaat aus dem Reiche eingeführt und von hier unberechtigterweise nach Polen weitergeleitet worden seien. Als die Beschlagnahmen vor einigen Monaten einen größeren Umfang annahmen, versuchte die Danziger Regierung, auf dem Verhandlungswege dem vertragswidrigen Treiben der polnischen Kontrollorgane entgegenzutreten. Polen gab die Zusicherung, seine Zwangsmaßnahmen nur dort vorzunehmen, wo ein begründeter Verdacht vorliege, daß es sich um unerlaubterweise nach Polen eingeführte „Danziger Kontingentware" handle. Trotz dieser Zusicherung ist die Kontrolle in letzter Zeit weiter verschärft worden. In verschiedenen Städten sind alle Geschäfte von den Kontrollorganen systematisch durchsucht und alle Waren Danziger Ursprungs und solche Waren, deren Einfuhr aus dem Ausland nach Polen keinen Beschränkungen unterliegt, beschlagnahmt worden. Es genügt schon das Vorhandensein einer Danziger Faktura, um diese Beschlagnahme herbeizuführen. Es ist begreiflich, daß die Kaufleute in Pommerellen durch dieses Vorgehen ängstlich geworden sind und es, um sich nicht einer Beschlagnahme ihrer Waren auszusetzen, überhaupt vermeiden, Danziger Ware zu kaufen. Für die Danziger Wirtschaft bedeutet das eine ganz empfindliche Schädigung. Es ist ja bekannt, daß das Bestreben nicht nur privater Chauvinistenkreise, sondern auch der polnischen Regierung allgemein dahin geht, die Danziger Wirtschaft aus dem polnischen Markt und insbesondere aus Pommerellen, wo sie naturgemäß starke Interessen besitzt, hinauszudrängen. Das systematische Vorgehen gegen Waren Danziger Ursprungs in der erwähnten Weise ist nur eines der vielen Mittel, mit denen Polen sein Ziel einer wirtschaftlichen Abdrosselung der Freien Stadt zu erreichen versucht.

Dabei liegen die Verhältnisse durchaus nicht so, wie sie von polnischer Seite gern hingestellt werden, daß nämlich Danzig ein einseitiges Interesse am polnischen Markte besitzt, selbst aber als Abnehmer polnischer Waren kaum in Frage kommt. Um dieser polnischen Auffassung mit greifbaren Beweisen entgegentreten zu können, hat die Danziger Handelskammer eine Enquete über die Zufuhr polnischer Waren nach Danzig veranstaltet. Die Ermittlungen haben sich nicht auf alle, sondern nur auf die wesentlichsten Warengattungen und nur auf die größeren Firmen erstreckt. In Wirklichkeit stellt sich die Danziger Einfuhr aus Polen also noch bedeutend höher, als sie nach dem Ergebnis der Handelskammerumfrage erscheint. Durch die Enquete ist festgestellt worden, daß Danzig im vergangenen Jahre für etwa 190 Mill. Zloty Waren aus Polen, darunter für mindestens 30 Mill. Zl. Textilwaren und für 30 Mill. Zl. landwirtschaftliche Erzeugnisse, bezogen hat. Diese Zahlen beweisen, daß die Freie Stadt Danzig einer der besten Kunden der polnischen Wirtschaft ist. Danzig kauft in Polen mehr als z. B. Frankreich, Rumänien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn und die Schweiz oder alle außereuropäischen Staaten zusammen, wohlgemerkt für den eigenen Bedarf, nicht etwa für die Wiederausfuhr! Man kann ruhig sagen, daß der Danziger Freistaat nach Deutschland neben England der zweitgrößte Abnehmer polnischer Waren auf dem Weltmarkte ist und aus Polen mehr Waren bezieht, als umgekehrt Polen der Danziger Wirtschaft abnimmt. Der Wert des Danziger Marktes für Polen ist um so größer, als er eine überwiegend städtische, kaufkräftige Bevölkerung besitzt, durch keine Zoll- und Wirtschaftsschranken von Polen getrennt ist und dem polnischen Lieferanten infolgedessen Preise bezahlen kann, wie sie dieser auf anderen Märkten nirgends erreicht. Zu beachten ist ferner, daß Danzig in großem Umfange auch diejenigen polnischen Landesprodukte abnimmt, die Polen auf anderen Märkten nur schwer und nur unter meist erheblichen Opfern auf handelspolitischem Gebiet absetzen kann. Danzig hat, als wichtiger Kunde Polens, also sehr wohl das Recht, von Polen zu verlangen, daß dieses der Danziger Wirtschaft keine ungerechtfertigten Schwierigkeiten bei der Belieferung des polnischen Marktes bereitet, wie es u. a. in der obenerwähnten Weise durch die widerrechtliche Beschlagnahme von Waren Danziger Ursprungs geschieht. Die Regierung der Freien Stadt hat gegen die Praktiken der polnischen Regierung im vergangenen Monat protestiert.

Schließung der Klawitter-Werft in Danzig.

Die Schiffswerft von Klawitter in Danzig sah sich gezwungen, ihren Betrieb zu schließen. Am 4. April sind die letzten Arbeiter der Werft entlassen worden. Die Hoffnung, diesen Ausgang zu vermeiden und ein Unternehmen, das weit über 100 Jahre dem deutschen Schiffsbau und Danzigs wirtschaftlichen und industriellen Interessen gedient hat, in bessere wirtschaftliche Verhältnisse hineinzubringen, gründete sich im wesentlichen auf den ähnlich liegenden Fall bei der Schichauwerft, deren Fortstand auch nur durch jährliche Zuschüsse aus Staatsmitteln gesichert werden konnte.

Vorbereitungen zur Durchführung der Osthilfegesetze.

Oberpräsident von Bülow zur Osthilfe.

Vor dem Provinziallandtag der Grenzmark Posen-Westpreußen hielt am 16. April der Oberpräsident von Bülow eine Ansprache, in der er ausführlich auf die Osthilfe einging. Hierzu führte v. Bülow u. a. aus: „Für die Grenzmark Posen-Westpreußen und den ganzen Osten ist aus der Räumung des Rheinlandes der große besondere Vorteil erwachsen, daß nach dieser Entspannung im Westen endlich die Belange und Nöte des Ostens beherrschend in den Vordergrund der allgemeinen Aufmerksamkeit getreten sind und daß nun reichere und durchgreifendere Hilfsmittel gegeben werden können. Leider ist mit der gewaltigen wirtschaftlichen Not ganz Deutschlands auch die besondere Not des Ostens in einem nicht vorausgesehbaren Maße gestiegen. Langsam beginnt sich jetzt, wo die Mittel endlich in weitem Ausmaße bereitgestellt sind, der Segen dieser Hilfe auszuwirken. Erst allmählich kann aus allen Einzelmaßnahmen ein großes Ganzes werden. Die Öffentlichkeit hört nur die fortdauernden Hilferufe der fast ungezählten noch immer schwerste Not Leidenden; aber sie kann nicht wahrnehmen, wie hier und dort Stimmen derer verstummen, bei denen erfolgreiche Hilfe eingesetzt hat. Neben den Maßnahmen der Regierung werden tapfere Selbsthilfe, kluge wirtschaftliche Einsicht, Geduld und Standhaftigkeit die wichtigste Grundlage zur Erreichung besserer Zeiten bleiben müssen. Die Bevölkerung unserer Provinz hat immer schon als besonders stark und zähe gegolten; sie wird, dessen bin ich gewiß, auch jetzt nicht die Nerven verlieren und ihre alten Eigenschaften wieder bewähren. Die Grenzmärker werden sich weder durch verzweiflungsvolle Schwarzmalerei beirren noch zu überhitzter Gefühlspolitik hinreißen lassen, sondern in kühler, besonnener Selbstbeherrschung und Ertragenskraft den Weg zum Aufwärts erringen."

Osthilfe wieder vor dem Reichsrat.

Der Reichsrat ist früher als ursprünglich vorgesehen, nämlich schon für Dienstag, den 21. April, zu einer Vollsitzung einberufen worden, die eine erste Durchführungsverordnung für die zum Osthilfeprogramm gehörenden Gesetze über die Aufbringungsumlage und über die Bank für Industrieobligationen verabschieden soll.

Die Lastensenkung in der neuen Osthilfe.

Während die Durchführungsbestimmungen für das Entschuldungsverfahren im Rahmen des neuen Osthilfegesetzes noch auf sich warten lassen, da die Bank für Industrieobligationen erst Ende April ihre Umbildung vornehmen wird, sind die Vorbereitungen für die Durchführung der Lastensenkung bereits weiter gediehen. Das Preußische Statistische Landesamt hat die Ermittlungen, die als Unterlage für die Lastensenkung dienen sollen, abgeschlossen und das Ergebnis den zuständigen Reichsstellen übersandt. Schon jetzt dürfte sicher sein, daß die Lastensenkung in allen Gebieten durchgeführt wird, in denen sie im vorigen Jahre auf Grund der Notverordnung vom Juli verwirklicht wurde. Wahrscheinlich werden aber noch einige brandenburgische Grenzkreise und einige schlesische Kreise wie Glatz, Neurode, Habelschwerdt, Waldenburg, Landeshut und die Stadt Breslau einbezogen werden, obwohl die Mittel an sich ziemlich beschränkt sind. Es scheinen jedoch vom vorigen Jahr noch einige Beträge zur Verfügung zu stehen, die für die Ausdehnung des Bereichs der Lastensenkung herangezogen werden könnten. Allerdings würde die Senkung, die im vorigen Jahre bei der Grundsteuer 30 bis 40 v. H., bei der Gewerbesteuer 15 v. H. betragen hatte (in Ostpreußen noch mehr), in den neu hinzutretenden Kreisen gegenüber dem Gebiet der allgemeinen Lastensenkung etwas niedriger gehalten werden als in den anderen Gebieten, für die die Lastensenkung schon bisher galt.

Schwierigkeiten in der Vorfinanzierung der Industriebank-Einnahmen.

Bereits bei dem Inkrafttreten der Osthilfe wurde auf zwei Voraussetzungen der Durchführung hingewiesen. Die eine war die ordnungsmäßige parlamentarische Verabschiedung des Reichshaushalts und die andere die Vorfinanzierung der künftigen Einnahmen der Industriebank. Wenn auch die eine Voraussetzung, die der ordnungsmäßigen Etatsverabschiedung, jetzt gegeben ist, so bestehen bei der zweiten Voraussetzung doch noch gewisse Schwierigkeiten. Einmal wird die Industriebank voraussichtlich erst Ende dieses Monats ihre Geschäfte in vollem Umfange aufnehmen können, und zum andern hat der für die Vorfinanzierung in erster Linie in Frage kommende ausländische Geldmarkt bisher nicht viel Neigung gezeigt, sich dafür zu interessieren. Die Regierung war sich über dieses Moment der Unsicherheit von vornherein klar. Aber es gab angesichts der beschränkten Mittel, die zur Verfügung gestellt werden können, gar keine andere Möglichkeit, um die künftigen Einnahmen der Industriebank im voraus zu finanzieren. Wenn die Reichsregierung die Entschuldungsgebiete ausgedehnt haben würde, ohne daß diese Voraussetzung der Vorfinanzierung erfüllt ist, würde man ihr den Vorwurf machen können, daß sie leichtfertige Versprechungen gegeben habe, deren Erfüllung fraglich sei. In den bisher bestehenden Entschuldungsgebieten wird im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel mit aller notwendigen Beschleunigung an der Aufarbeitung der Fälle gearbeitet. Die 50 Millionen, die aus dem laufenden Reichsetat für die Osthilfe zur Verfügung gestellt sind, sollen in zwei gleichen Raten im August dieses und im Februar nächsten Jahres zur Auszahlung gelangen. Eine günstigere Auszahlung ist angesichts der gegenwärtigen Steuereingänge, die Vorschüsse nicht gestatten, nicht möglich.

Osthilfe-Kreditanträge.

Die Verabschiedung des Osthilfegesetzes und Industriebankgesetzes veranlaßt täglich eine große Anzahl von Interessenten, sich schriftlich oder mündlich an die Bank für deutsche Industrieobligationen mit Kreditanträgen zu wenden. Die Antragsteller übersehen hierbei, daß zur Durchführung der im Industriebankgesetz vorgesehenen Aufgaben zunächst eine statutarische Umgründung der Bank erforderlich ist. Die zur Beschlußfassung einberufene Generalversammlung kann erst am 24. d. M. stattfinden. Auch nach Abhaltung der Generalversammlung wird die Bank zur Durchführung der für die Aufnahme ihrer Tätigkeit erforderlichen organisatorischen Maßnahmen eine gewisse Zeit benötigen, innerhalb derer sie daher einzelne Anträge nicht entgegennehmen oder bearbeiten kann. Die Verwaltung der Bank glaubt, daß es im Interesse der Sache liegt, wenn in der nächsten Zeit Anträge an sie nicht gerichtet werden und behält sich vor, den Zeitpunkt bekanntzugeben, zu dem sie ihre Tätigkeit im Sinne des Osthilfegesetzes eröffnet.

Staatsdotationen für die Grenzmark Posen-Westpreußen.

Der Landeshauptmann der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, Dr. Caspary, gab im Provinziallandtag am 16. April eine Übersicht über die Entwicklung der Staatsdotation en für die Grenzmark Posen-Westpreußen seit dem Jahre 1924. Bei der Berechnung der Dotation für das Jahr 1929 wurde statt der dreifachen die vierfache Bevölkerungszahl zugrunde gelegt. Das Bestreben der Provinzverwaltung war während der ganzen Jahre darauf gerichtet, die Zugrundelegung der sechsfachen Bevölkerungszahl zu erwirken. Leider ist das nicht erreicht worden. Bis zum 31. März 1931 betrug das Ist der Dotation für 1930 1 924 000 *M*. Der Haushaltsplan für 1930 sieht 2 188 000 *M* vor. Wenn bei der Schlußausschüttung auch noch weitere Beträge zu erwarten sind, so rechnet der Landeshauptmann doch mit einem Fehlbetrag von mindestens 200000 *M* für 1930. Dieses Defizit ist nicht durch Etatsüberschreitungen entstanden, sondern durch Mindereinnahmen aus den Anweisungen der Dotation bedingt. Für 1931 ist ein Betrag von 1 900 000 *M* an Staatsdotationen in den Etat eingesetzt. Ferner gab der Landeshauptmann einen Überblick über die Überweisungen aus der Einkommensteuer und über die Höhe der Provinzialabgaben seit dem Jahre 1924. Diese Zahlen zeigen sehr deutlich die Leistungsschwäche der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen. Von der Gesetzgebung müsse daher bei Regelung des Finanzausgleiches für die Grenzmark Posen-Westpreußen die Zugrundelegung der sechsfachen Bevölkerungszahl bei der Berechnung der Staatsdotation gefordert werden. Nur dann sei die Provinz befähigt, ihre Aufgaben, die ihr als Grenzprovinz gestellt sind, zu erfüllen.

Kommt Ostbrandenburg in die Osthilfe?

In einer Landsberger Stadtverordnetensitzung machte Oberbürgermeister Gerloff die Mitteilung, daß begründete Aussicht bestehe, daß die Kreise Arnswalde, Oststernberg, Landsberg-Land und Landsberg-Stadt in die Reichsosthilfe einbezogen würden. Sollte die Einbeziehung Tatsache werden, so wäre damit eine wesentliche Senkung der Realsteuern verbunden.

*

Umsiedlung nach dem Osten.

Längst hat man in Deutschland die Notwendigkeit der Umsiedlung von süd- und westdeutschen Bauern nach dem menschenleeren Osten erkannt. Auf die Ostsiedler aus dem Rheingebiet weist in einem interessanten Aufsatz Dr. Johannes Schauff im Februarheft des „Rheinischen Beobachters" hin. Danach ist in den letzten vier Jahren der Zuzug nach dem Osten gerade aus dem Rheinland immer stärker geworden. Die Umsiedlung ließ sich in den meisten Fällen ohne große Mühe durchführen. Seit 1928 hat die rheinische Provinzialverwaltung gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer die Siedlerberatung in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen und bemüht sich, die rheinischen Siedler landsmannschaftlich geschlossen in Ostelbien anzukaufen. Diese amtliche Beratung hat sich als sehr nützlich erwiesen. „Insgesamt sind bis jetzt 200 rheinische Bauern mit ihren Familien in den letzten Jahren nach dem Osten umgesiedelt. Sie haben sich alle in ihrer neuen Heimat tadellos eingelebt, kommen dort voran, und keiner wünscht sich zurück. Im Gegenteil, sie ziehen aus Verwandten- und Bekanntenkreisen ständig neue Interessenten nach. Das beste Zeichen! Hundert Siedlungsbewerber, deren finanzielle Verhältnisse bereits geklärt sind, warten zurzeit auf ihre Ansetzung. Gerade im letzten Vierteljahr war die Nachfrage äußerst rege und ist noch ständig im Wachsen. Den Siedlern geht es gut, das ist die beste Werbung."

Die Wanderausstellung „Der Deutsche Osten" in Halle a. S.

Seit seinem Bestehen ist der Deutsche Ostbund unausgesetzt und mit allen Mitteln bemüht, die binnendeutsche Bevölkerung mit dem deutschen Osten bekannt zu machen, denn es ist geradezu beschämend, wie wenig der Durchschnittsdeutsche vom deutschen Osten weiß und wie fremd und gleichgültig weite Bevölkerungskreise dem Ostproblem auch heute noch gegenüberstehen.

Zu den Kundgebungen, Vorträgen, publizistischen Arbeiten, durch die der Deutsche Ostbund die Bekanntschaft dieses bisher vernachlässigten Landesteiles zu vermitteln bemüht ist, ist neuerdings der Rundfunk und die Wanderausstellung „Der Deutsche Osten" getreten.

Wittenberg und Magdeburg haben den Vorzug gehabt, das von unserem Kulturwart Herrn Dr. Thiele und unserem rühmlichst bekannten Herrn Dr. Lüdtke mit großem Eifer zusammengetragene vielseitige Material in ihren Mauern ausgestellt zu sehen. Und die Wittenberger sowie die Magdeburger Presse haben in spaltenlangen Berichten betont, welch tiefen Eindruck die große Veranstaltung hinterlassen und daß die Arbeit des Deutschen Ostbundes von allen Seiten großen Beifall gefunden hat. Als ich daher in der letzten Ostlandnummer vom 17. April die kurze Nachricht las: Unsere Ausstellung „Der Deutsche Osten" wird vom Sonntag den 17. April bis Dienstag den 28. April in Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 33, gezeigt werden, stand es für mich fest: Das darfst du nicht verpassen, sintemal es von Leipzig nach Halle nur ein Katzensprung ist und man sich dort noch freuen würde, Vertreter benachbarter Landesverbände und Ortsgruppen begrüßen zu können.

So fuhr ich denn mit meiner Frau voll freudiger Erwartung in aller Herrgottsfrühe — auch der beharrlich herniederrieselnde Regen konnte uns nicht abhalten — der alten Hallorenstadt zu. Und es ist ein schöner, eindrucksvoller, wenn auch durchweg nasser Tag gewesen, den wir lange in angenehmer Erinnerung behalten werden.

In der Aula der ehrwürdigen Alma mater hatte sich eine kleine erlesene Gesellschaft zu der Eröffnungsfeier zusammengefunden. Fahnen der verschiedenen Grenzlandverbände gaben dem Eröffnungsakt ein feierliches Gepräge. Herr Geheimrat Schmid vom Präsidium des Deutschen Ostbundes begrüßte im Namen der 12 in Halle als Arbeitsgemeinschaft mit dem Ostbund vereinigten Grenzlandverbände die Erschienenen, insbesondere den Vertreter der Preußischen Regierung, Herrn Regierungspräsidenten von Harnack, Se. Magnifizenz, den Rektor der Universität Herrn Prof. Dr. Aubin, den Festredner Herrn Professor Fleischmann, die Vertreter der Landesverbände und Ortsgruppen. Er gab zunächst einen Rückblick auf die Entstehung der Ausstellung, wie sie in fleißiger selbstloser Arbeit der Kulturpfleger des Deutschen Ostbundes entstanden und durch Leihgaben von Museen, Verkehrsverbänden, kunstgewerblichen und anderen Unternehmungen und von Privatpersonen und Organisationen ergänzt worden sei. Es gelte die Kenntnis der stets unterschätzten Kulturgüter des deutschen Ostens in weitesten Kreisen Deutschlands zu verbreiten, um die Geschlossenheit der deutschen Abwehrstellung im Ringen um den Osten im Sinne der Mahnung des hohen Schirmherrn des Deutschen Ostbundes, des Reichspräsidenten v. Hindenburg, zu verwirklichen.

Hiernach ergriff Herr Regierungspräsident von Harnack das Wort, dankte im Namen der Preußischen Staatsregierung für die Einladung und versicherte, daß sich Preußen bewußt sei, was der Osten für das gesamte deutsche Vaterland bedeute, und daß es im Verein mit dem Reich bestrebt sei, dem Osten tatkräftige Förderung angedeihen zu lassen.

Den Höhepunkt der Eröffnungsfeier bildete die tiefangelegte Festrede des sich zum ostdeutschen Boden bekennenden Professors Dr. Fleischmann, Halle. Beginnend mit den Zeiten des deutschen Ritterordens bis in die neueste Zeit verbreitete er sich an zahllosen Beispielen über die Wechselbeziehungen zwischen dem Osten und dem Reich. Die Grenze gen Osten sei immer eine Grenze der Not gewesen, eine Grenze gegen das Slawentum, und darum sei auch das Wort „Grenze" slawischen Ursprungs, es stamme von „granica". Was vor tausend Jahren Geltung hatte: „Nach Ostland woll'n wir reiten..." sei uns heute tausendfältige Mahnung. Der Osten habe in all den Jahrhunderten befruchtend auf das deutsche Reich gewirkt. Neben Kopernikus, Kant, Herder und Schleiermacher, den großen Philosophen, Christian Wolff, Opitz und Gottsched, und in neuerer Zeit Hoffmann von Fallersleben, Gerhard Hauptmann und Sudermann, Adolf von Menzel und Lovis Corinth, von Bismarck und Moltke bis zu Hindenburg, gehören unendlich viele der bedeutendsten Deutschen dem deutschen Osten an. Wie der Osten die Wiege Preußens ist, so sind von ihm aus auch die Erhebungen zu den Befreiungskriegen ausgegangen. Wer erinnert sich heute in Deutschland und in der Welt noch daran, daß der Osten als einziger Teil Deutschlands im Weltkriege feindliche Invasion grausamster Art über sich hat ergehen lassen müssen: 1500 ostpreußische Ortschaften und 35 Städte wurden bei den Russeneinfällen zerstört. Die wahnsinnige Grenzziehung von Versailles hat dann den Osten gänzlich zerrissen und verstümmelt.

Nach kurzen Schlußworten von Geh.-Rat Schmid begaben sich die Teilnehmer der eindrucksvollen Eröffnungsfeier zur Besichtigung der hochinteressanten, vielseitigen und wertvollen Ausstellung, wo der Leiter der Ausstellung, Herr Dr. Thiele, die Führung übernahm. Diese gibt uns einen gedrängten Überblick über die Kultur- und Kunstdokumente des deutschen Ostens und ist wert, von den weitesten Kreisen Deutschlands besichtigt zu werden. Aus allen Sehenswürdigkeiten schaut uns der schöne deutsche Osten in seiner herben Schlichtheit entgegen, mit seinen schönen Landschaften, seinen fruchtbaren Fluren, Seen und Wäldern, seinen Dörfern, Städten, nach deutscher Art erbaut. Schlesiens, Pommerns, Ostpreußens und der Grenzmark Städte mit ihren altvertrauten Baudenkmälern, wie sie im weiten deutschen Vaterlande kaum schöner und wuchtiger zu finden sind, blicken uns entgegen. Ein eigener Raum ist den Männern des Ostens gewidmet, die Deutschlands und, wie Kopernikus und Kant, darüber hinaus Europas Geistesleben neue Wege wiesen. Ein eindrucksvolles Zeugnis dafür, welche starke gestaltenden Kräfte vom Osten Deutschlands ausgingen, und gleichzeitig eine Mahnung, jetzt in der Zeit der Not ein Land nicht im Stich zu lassen, dem das übrige Deutschland so unendlich viel verdankt.

In zwei besonderen Räumen hängen Karten und Tabellen, die die Schäden zeigen, die die Grenzziehung von Versailles nicht allein für die Ostprovinzen, sondern für das gesamte Reich hervorgerufen hat. Wir sehen weiter wundervolle schlesische Holzschnitzereien, Handwebereien und Glasschöpfungen, prächtige Erzeugnisse der Bernsteinkunst sowie herrliche Keramiken aus Cadinen, Bunzlau und Grunau. Nicht zu vergessen Plastik und Malerei, Gemälde von Plontke und Eulenstein, Platzeck und Nickisch u. a., Kreidezeichnungen aus oberschlesischen Bergwerken von Baluschek, Graphik von Bruno Schmialek und der Königsbergerin Käthe Kollwitz. Eine wunderbare Kantbüste gehört zu den Kleinodien der Ausstellung. — Alles in allem bekommt der Beschauer einen umfassenden Einblick in das Wesen und die Kultur des deutschen Ostens. — Die Ausstellung soll im November in Leipzig gezeigt werden; einleitende Schritte sind bereits unternommen worden. B. Arlt, Leipzig.

Werner, Anderson und Neutomischel.

Von **Marie Matthias**, Meseritz.

Nach zwölf Jahren endlich sollen sich die Vorgänge in Neutomischel klären! Alle Ostmärker, besonders aber uns, die wir Zeugen der traurigen Begebnisse in unserem Nachbarkreise Neutomischel waren, hat die Angelegenheit die langen Jahre hindurch nicht zur Ruhe kommen lassen. Wir hofften mit aller Zuversicht auf den Tag, an dem die Gerechtigkeit siegen werde. Der Tag ist jetzt angekündigt durch eine Zeitungsmeldung vom 1. April: Studienrat Werner habe Anklage erhoben gegen Konrektor Paetzold, den Schriftsteller Herybert Menzel, den Landtagsabgeordneten Pischke und andere wegen Beleidigung. Was dieser Anklage zugrunde liegt, soll, soweit es der knappe Rahmen eines Aufsatzes gestattet, hier erläutert werden.

Polenaufstand in der Stadt Posen am 27. Dezember 1918! Polnische bewaffnete Banden tragen den Aufstand strahlenförmig von Posen aus, den Eisenbahnlinien folgend, in die Provinz. Im Westen kommen sie bis an das Flüßchen Mogilnitza, 17 Kilometer östlich von Neutomischel. Hier machen sie halt, wissend, daß sie ein Gebiet mit fast rein deutscher Bevölkerung vor sich haben. Man sah damals auch in Posen neue polnische Landkarten mit der Mogilnitza als Grenze. Ebenso hatte die bekannte nationalpolnische Zeitung „Kurier Poznanski" in einem Aufsatz über die neue deutsch-polnische Grenze dieses Flüßchen als Grenzfluß bezeichnet. Deutscher Verrat aber machte es den Polen leicht, die ursprünglich gedachte Grenze weiter nach Westen vorzutragen. So fiel der Kreis Neutomischel mit seinen reichen Hauländereien, so fielen als weitere Folge zwei Fünftel des Kreises Meseritz mit 41 Ortschaften an Polen. Der Makel des Verrats von Neutomischel blieb hängen an zwei preußischen Reserveoffizieren: Werner und Anderson. Es schwebte gegen beide beim Kriegsgericht ein Verfahren wegen Hochverrats, das auf Grund des deutsch-polnischen Amnestievertrages vom Jahre 1919 leider nicht zum Austrag gelangte. Alles, was damit und mit den Vorgängen in Neutomischel zusammenhängt, hat Konrektor Paul Paetzold, früher in Neutomischel, in einer Broschüre dargestellt: „Wie Neutomischel polnisch wurde." Die erste Auflage von 2000 Stück, im Dezember 1928 erschienen, war in kurzer Zeit ausverkauft. Auch die zweite Auflage vom Sommer 1929, durch neues Material erweitert, ist längst vergriffen. Die Broschüre bringt die eidesstattlichen Aussagen und Berichte von Augenzeugen.

Werner und Anderson waren bei Ausbruch der Revolution Offiziere beim Bezirkskommando Neutomischel. Anderson war im Zivilberuf Volksschullehrer, Werner hatte seine philologischen Studien noch nicht beendet. Anderson, der Pole ist, schlug sich gleich nach Ausbruch des polnischen Aufstandes auf die polnische Seite, Werner stand wohl unter dem Einflusse seines jetzigen Schwiegervaters, des damaligen Bürgermeisters Franke, der leider den Polen nur zu sehr entgegenkam, obwohl Neutomischel zu 95 v. H. deutsch war. Werner schien auch mit dem Gedanken zu liebäugeln, polnischer Landrat zu werden. Es ist einwandfrei erwiesen, daß Werner und Anderson in steter Verbindung mit dem polnischen Bandenführer Grafen v. Lonski in Posadowo bei Neustadt standen. Es ist ferner erwiesen, daß sie die Bildung eines deutschen Heimatschutzes verhinderten und dafür einen „Heimatschutz" einrichteten, der sich zum größten Teil aus Polen zu-

sammensetzte. Beim Einmarsch der Polen in Neutomischel am 3. Januar 1919 wurde Anderson sogleich polnischer Distriktskommissar. Anderson leitete auf polnischer Seite den Kampf bei dem Dorfe Lomnitz am 9. Februar 1919, wo so viele tapfere Tirschtiegeler Söhne ihr Leben ließen.

Hauptzeuge dafür, daß Werner und Anderson die Bildung eines Heimatschutzes in Neutomischel verhinderten, ist der ehemalige Leutnant Kulcke. Er war der Offizier, den Hauptmann v. Liliencron von Bentschen nach Neutomischel zur Aufstellung eines Heimatschutzes abkommandierte. Dem hatten sich Werner und Anderson auf dem Neutomischeler Bezirkskommando widersetzt.

Anderson, der sich zeitweise auch Andrzewski nannte, wurde von den Polen wegen Diebstahls und anderer Vergehen in die Festung Posen gesetzt, flüchtete aber von dort und landete als „vertriebener Deutscher" in Deutschland. Hier lebt er bis heute in sicherer Hut der deutschen Behörden. Er war zunächst im besetzten Westgebiet Lehrer, dann in Gernrode im Kreise Worbis. Hier ward es ihm unbehaglich, als den Ortsbehörden und der Bevölkerung sein Vorleben bekannt wurde. Seine vorgesetzte Behörde hatte Mitleid mit ihm und schickte ihn in die schöne Stadt Frankfurt a. M. Die Leute im Westen haben verständlicherweise einen starken Widerwillen gegen Verräter und Separatisten. Die Frankfurter lehnen darum den ehemaligen Polenführer als Lehrer ihrer Kinder ab. Aber ihre Beschwerden und Proteste waren erfolglos, auch mit einem Schreiben der Frankfurter Schulbehörde war das der Fall, in dem steht, es könne der Lehrerschaft nicht zugemutet werden, mit einem solchen Manne zusammenzuarbeiten.

Wie sich Werner von den Polen löste, ist nicht bekannt. Er ist Studienrat am Realgymnasium zu Weißensee bei Berlin. Er betätigt sich auch am Berliner Abendgymnasium, ist zurzeit dort stellvertretender Leiter und gibt als verantwortlicher Schriftleiter die Zeitschrift „Das Abendgymnasium" heraus. Anfang 1929 hat Werner — er ist Historiker — ein Geschichtswerk erscheinen lassen „Vom Wiener Kongreß bis zur Gegenwart". Wie mag er darin den polnischen Aufstand, wie mag er den Kampf im deutschen Osten dargestellt haben?

Der junge Tirschtiegeler Schriftsteller Herybert Menzel veröffentlichte vor einigen Monaten einen Roman „Umstrittene Erde", der den Kampf um unsere Heimat 1918/19 behandelt und in dem auch die Neutomischeler Vorgänge beleuchtet werden.

Der volksparteiliche Landtagsabgeordnete Pischke wandte sich 1929 im Landtage gegen Werner und Anderson und forderte das Kultusministerium unter Vorlage des Anklagematerials auf, die Angelegenheit zu prüfen und dafür zu sorgen, daß Werner und Anderson nicht mehr angestellte Lehrer blieben.

Nun hat Werner Anklage wegen Beleidigung erhoben gegen Paetzold, Menzel, Pischke, Hendriock, den Verleger des Menzelschen Romans, ferner gegen den Brotfabrikanten Waldemar Paech, früher in Neutomischel, jetzt in Berlin, den Angestellten Rudolf Niedermeyer, früher Sergeant beim Bezirkskommando Neutomischel, jetzt in Breslau, den Kaufmann Georg Kulcke in Frankfurt a. d. O., früher beim Grenzschutz in Meseritz, den Kaufmann Oskar Gebbert in Berlin, früher Fliegerleutnant. Daß Werner die Klage auf Veranlassung seiner Behörde erhoben haben soll, gibt zu denken! Ein sehr geschickter Schachzug von ihm ist es, daß er die Hauptzeugen Paetzolds gleichzeitig mit diesem der Beleidigung anklagt, offenbar in der Hoffnung, sie damit als Zeugen auszuschalten. Paetzold hat übrigens das gesamte Belastungsmaterial vor Druck der Broschüren dem Kläger zugesandt und ihn aufgefordert, etwaige Unrichtigkeiten klarzustellen. Werner hat darauf geschwiegen und sich erst jetzt zur Klage bequemt. Als Menzels Roman erschien, waren nicht weniger als zwei Jahre seit der ersten Veröffentlichung Paetzolds verflossen, ohne daß Werner sich dagegen zur Wehr gesetzt hätte! Erwähnt sei noch, daß das Belastungsmaterial vor der Veröffentlichung durch Rechtsanwälte geprüft worden ist.

Wann wird wohl Anderson seine Beleidigungsklage einreichen? Bedarf es bei ihm auch erst des Druckes seiner Dienstbehörde?

Wir Ostmärker sehen mit Spannung auf den Verlauf des Prozesses? Wir stehen hinter den Verklagten!

Entschädigungswesen.

Kursentwicklung der Reichsschuldbuchforderungen.

Die Bestrebung, die Zinsen weiterhin abzubauen, hat sich auf dem gesamten Rentenmarkt in größerem Maße ausgewirkt. Der größte Teil der Renten hat erhebliche Steigerung erfahren, so daß diese nur noch einen Zinsertrag von 7 bis 8 v. H. aufweisen. Nur die 6prozentigen Reichsschuldbuchforderungen nehmen hierbei noch eine Ausnahmestellung ein. Sie bieten zurzeit für den Erwerber immer noch eine 9- bis 10prozentige Verzinsung. Auf Grund dieser Tatsache kann man, vorausgesetzt, daß keine inner- oder außenpolitischen Schwierigkeiten eintreten, mit einer weiteren Steigerung der Schuldbuchkurse rechnen. Zurzeit finden allerdings die Schuldbuchforderungen nur geringes Kaufinteresse, so daß sie in den letzten Tagen um einige Prozent zurückgegangen sind.

Nachstehend geben wir Ihnen die unverbindlichen Kurse per 21. April d. J. sowie zum Vergleich die vom 3. Januar d. J.

		per 21. 4. 1931		per 3. 1. 1931	
	Fälligkeit	alte	neue (Polen)	alte	neue
	1932	98		95	
	1933	94		92½	
	1934	91		88	
	1935	89¾	78	85½	82¼
	1936	86	—	84½	82
	1937	83	82½	78	—
	1938	80½	80½	76	75
	1939	79	78¼	73	71
	1940	78½	77½	72	70
	1941	77	76	71	69
	1942	74½	74	69	—
	1943	73½	73	67½	—
	1944	73	72¾	66½	65½
	1945	73	72¾	66	64½
	1946	73	72¾	66	—
	1947	73	72¾	66	—
	1948	73	72¾	66	—
Wiederaufbau-	1944/45	29½	—	25½	—
zuschläge	1946/48	29	—	—	—

Bundesnachrichten.

Ausstellung: Die Frau im Heim, Sport, Mode, Beruf.

Vom 30. April bis 10. Mai wird im Zoologischen Garten (Berlin, Eingang Budapester Straße, Eingang Adler-Portal) eine Ausstellung „Die Frau im Heim, Sport, Mode, Beruf" veranstaltet. Im Rahmen der Ausstellung findet am 5. Mai, 16.30 Uhr, im Marmorsaal des Zoo eine Sondervorführung der Vereinigten Frauenverbände statt. Hierbei wird der Deutsche Ostbund durch den Frauendienst seines Landesverbandes Berlin-Brandenburg bei der Aufführung des Laienspieles „Der Ring" von Else Frobenius mitwirken. Karten zum Preise von 1 ℳ, die sowohl zum Besuch der Ausstellung wie auch der Sonderveranstaltung berechtigen, sind bei den Vertrauensdamen des Frauendienstes und bei Frau Lanzke, Chausseestraße 43, zu erhalten.

Aus der Bundesarbeit.

Wir bitten die Ortsgruppen und Landesverbände, uns ihre Veranstaltungen im voraus bekanntzugeben, so daß in einem Versammlungskalender an dieser Stelle kurz darauf hingewiesen werden kann. Die Voranzeige darf nicht mehr als 1 bis höchstens 2 Zeilen umfassen. Die Aufnahme kann nur erfolgen gegen vorherige Einsendung einer Gebühr von 20 Pf., da wir wegen des kleinen Betrages weder Postgebühren aufwenden, noch die Buchhalterei beschweren können.

Versammlungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Friedrichshagen. Monatsversammlung Sonnabend, 25. April, 20 Uhr, im Lokal „Klause", in Friedrichshagen, Köpenicker Straße.

Verein ehem. Culmer und Schwetzer. Monatsversammlung Sonntag, 3. 5., 18 Uhr, im „Wilhelmshof", Berlin SW, Anhaltstr. 12.

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Ortsgruppe Potsdam und Umgegend. Die rührigen neun „Vereinigten Grenzlandverbände in Potsdam und Nowawes" haben Potsdam eine Gedenkfeier des deutschen Abstimmungssieges in Oberschlesien verschafft, die der Stadt würdig war. Der Saal des Cafés Sanssouci erwies sich als zu klein. Oberbürgermeister Rauscher als Ehrenvorsitzender, der stellvertretende Standortälteste, alle staatlichen und städtischen Behörden waren erschienen. Die Vereine und Verbände, eine große Anzahl der bekanntesten Bürger, viele heimattreue Schlesier und Grenzlandvertriebene füllten den mit Banner und Wappen geschmückten Festsaal. Feierlicher Einmarsch der Fahnen, darunter einer Trachtengruppe, Abordnungen der schlesischen Studentenschaft der Berliner Hochschulen und die alte Fahne des Postbundes von Königshütte. In den Begrüßungsworten erinnert der Vorsitzende der vereinigten Verbände, Lehrer Karl Blum, an den Abstimmungssieg vor zehn Jahren: Trotz Feindschaft und Terror sechzig Prozent der Stimmen für die deutsche Heimat! Und dennoch der Machtspruch, der die Abtrennung Ostoberschlesiens erzwang. Kraft- und Treugelöbnis für den Osten. In die Worte zum Gedächtnis derer, die ihr Leben gelassen im Kampf um deutsches Schlesierland, klang es gedämpft: „Ich hatt' einen Kameraden." Fräulein Kraus vom Verband der Oberschlesier mit einem packend gesprochenen Vorspruch, der Potsdamer Männergesangverein unter Meister Karl Landgrebe mit schlesischen Heimatliedern führten zur Ansprache des Leiters der Ortsgruppe Potsdam der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Studienrat Hartmann, über, der die miterlebten Drangsalierungen, Sabotagen, Kämpfe und Gefahren, der Aufstands- und Abstimmungsnot schilderte, ein Bild des jammervollen Zuges der verjagten Optanten gab und von jedem Deutschen forderte, das politische, wirtschaftliche, menschliche Verbrechen der Zerreißung Schlesiens durch die Tat zu bekämpfen. Die Festrede hielt Geheimrat Prof. Dr. Eugen Kühnemann von der Universität Breslau — der erste Rektor der Akademie zu Posen —, oft unterbrochen von dem Beifallssturm der Zuhörer. Bismarck gab uns das Reich. Aber die scharfe Trennungslinie zwischen Ost und West sei geblieben. Doch heute sei Schlesien der Ausdruck des deutschen Leidens geworden. Nie sei der Volksstaat so zum Ausdruck

gekommen, wie in der einträchtigen Abwehr feindlichen Angriffs in den Augusttagen 1914. Der Friede sei nun die Fortsetzung des Krieges mit andern Mitteln! Zwanzig Millionen Deutsche zuviel auf der Erde! Der Kampf um Oberschlesien, der Kampf der Waffen und Stimmzettel, alles nur organisiert und geschaffen aus dem Volke heraus, sei die zweite überwältigende Offenbarung deutscher Eintracht in der Todesnot gewesen. Schlesien ein untrennbares Ganzes, das sei das Ziel, das sei das klare Ergebnis der Abstimmung gewesen. Aber es gibt kein Recht ohne Macht. Den Deutschen sei es aufgegeben vom Schicksal, durch Leiden ohnegleichen den Völkern einen neuen Lebensgedanken zu geben. Deutschland sei einst zum Lehrer der Welt geworden, es sei das Volk der Reformation, der Kant, Goethe und Beethoven. So müsse es auch das Herz des neuen Europa werden, das Herz der europäischen Freiheit durch die Auferstehung im Geiste. In das Deutschlandlied klang der Gruß des Redners an das alte und das neue Deutschland aus. „Volk ohne Heimat", ein Schauspiel von Hans Christian Kraegel, mit großer Hingabe gespielt von Oberschlesiern und Ostbundmitgliedern, zeigte die blutigen Kämpfe der Oberschlesier vor und während der Abstimmung und entwickelte die Rückkehr eines abtrünnigen Deutschen in den Schoß des Vaterlandes. Großes Interesse fand das reiche Schrifttum über schlesisches Volkstum und über die Geschichte der Nachkriegszeit in Schlesien, das eine Potsdamer Buchhandlung ausgestellt hatte.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Landsberg a. d. Warthe. Am 30. März fand Monatsversammlung im „Eldorado"-Saale statt. Direktor Tettenborn teilte zunächst mit, das neu gewählte Vorstandsmitglied Kurt Förster könne wegen zu starker anderweitiger Inanspruchnahme in den Vorstand nicht eintreten. F. wolle sich jedoch im Gemischten Chor weiter rege betätigen. Direktor Tettenborn sprach dann dem Vereinsmitglied, Ballettmeister Held, den Dank des Vereins für seine Mühewaltung am Unterhaltungsabend aus, die so außerordentlich zum Wohlgelingen desselben beigetragen habe. Für die Heimatspende wurde auch von der Ortsgruppe ein Betrag ausgeworfen. Direktor Tettenborn sprach dann über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen und über den deutsch-polnischen Handelsvertrag. Bezüglich dr Hypothekenfrage, die jetzt durch Gesetz geregelt ist, haben Ostbund und „Ostland" darauf hingewiesen, daß es sich hier um ein deutsches Gesetz handele, das nicht auf andere Länder angewendet werden kann. Es empfehle sich aber, die Hypotheken zur Aufwertung in Polen anzumelden, wenn auch dort kein Gesetz oder eine Verordnung dahingehend und auf einen bestimmten Termin lautend, ergangen sei. Die Aufwertung der deutschen Hypotheken in Polen richte sich nach polnischem Recht. Im übrigen könne man vor dem 1. Januar 1932 sein Kapital nicht zurückfordern. Herr Major v. Bredow sprach dann über Arbeitsschulung. Eine solche sei für unser Volk von ungeheurer Bedeutung. Hauptwert einer gesunden Volkswirtschaft wäre der Mensch und insbesondere die Jugend. Den Menschen so zu schulen, daß er im Lebenskampf sich durchzusetzen imstande sei und nur Bestes leiste, diese Aufgabe habe noch nicht die Beachtung gefunden, die im Interesse dieser guten und großen Sache notwendig wäre. Dieses zu bewerkstelligen, sei ein Institut für technische Arbeitsschulung („Dinta") in Düsseldorf errichtet worden. Major v. Bredow zeigte nun im Einzelnen, wie dieses Institut arbeite. Das erste Ziel sei die Heranbildung erstklassiger Facharbeiter; denn dieses wäre das große Plus in der deutschen Wirtschaft, das zweite Ziel aber sei, den Facharbeiter dahin zu bringen, daß er die Zusammenhänge des ganzen Produktionsprozesses überschaue, und das dritte Ziele bestehe darin, schaffensfrohe Menschen heranzubilden. Nach der Lehrzeit finde ein Facharbeiterkursus mit nachfolgendem Examen statt, und darauf erfolge die Freisprechung mit Überreichung des Facharbeiterbriefes. Selbstverständlich dürfe bei alledem auch die theoretische Ausbildung nicht fehlen. Auch die sportliche Seite werde nicht vernachlässigt. Die „Dinta" wird Menschen schaffen, die Freude an der Arbeit haben, und das ist die Hauptsache! (Starker Beifall und Dank des Vorsitzenden.) Rechtsanwalt Dannhoff sollte über die Emigrantensteuer sprechen, schlug aber vor, diesen Vortrag auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen. Er wies aber schon jetzt darauf hin, daß jeder, der eine Emigrantensteuer in Polen hat erlegen müssen, trotz der abgelaufenen Frist seine Ansprüche beim Polenschädenkommissar in Berlin-Friedenau, Rheinstraße, baldigst anmelden solle. Rechnungsrat Tetzlaff wies zum Schluß der Versammlung eindringlich darauf hin, eine wie außerordentlich fruchtbringende und segensreiche Arbeit für die aus Polen Verdrängten und die dort verbliebenen Brüder und Schwestern der Deutsche Ostbund mit seinen 500 Ortsgruppen während seines nun zehnjährigen Bestehens geleistet habe. Man solle ihm darum die Treue halten und die Versammlungen der Ortsgruppen stark besuchen, die auch im Geiste des Ostbundes sich reger betätigen müßten. (Zustimmung.)

Landesverband Oberschlesien.

Die Ortsgruppe Beuthen (O.-S.) versammelte sich mit einigen auswärtigen Gästen in Stöhrs Bierstuben zu einer Abstimmungsfeier am 22. März, in der der 2. Vorsitzende, Herr Niklasch, einleitend der Toten aus dem Kriege und den drei Aufständen gedachte. Am Selbstschutzdenkmal wurde von der Ortsgruppe ein Kranz niedergelegt. Nach Erledigung des geschäftlichen Teils und der Aufnahme neuer Mitglieder trugen Frl. Trude Skrobka und Lenchen Skrobka Gedichte von Grabowski und Kurpiun vor. Auch die kleine Felicitas Basannek erfreute durch einige recht nett vorgetragene Gedichte. Nach der Weihe eines von Frau Basannek gestifteten Tischwimpels, für den der Vorsitzende seinen Dank im Namen der Gruppe aussprach, hielt der Geschäftsführer Rother die Festrede. Er sprach über das würdelose Verhalten mancher Kreise in nationalpolitischen Dingen, das das Andenken der Gefallenen entehrt. Er berichtete über das, was Oberschlesien durch den Genfer Vertrag geraubt worden ist, über die furchtbare Wirtschaftsnot und das Wohnungselend, mahnte die Parteien und Richtungen zur Einigkeit im Kampfe gegen die Kriegsschuldlüge, gegen die Tributschmach und die ungerechten Grenzen. In der festen Zuversicht an Deutschlands Wiederauferstehung, Macht und Größe schloß der Redner mit einem begeistert aufgenommenen „Hurra" für unser Vaterland und Oberschlesien seine Ausführungen. Nach dem Deutschlandlied und dem Kameradenlied ließ die Hauskapelle fröhliche und ernste Stücke, und die beiden Skrobkatöchter einige vierhändig gespielte Potpourris ertönen. Eine Entschließung an die Bundesleitung wurde gefaßt, mit der Bitte, sich mit den Regierungsstellen noch vor der Genfer Tagung in Verbindung zu setzen, da Polen trotz aller Versprechungen gerade jetzt wieder dabei ist, die letzten Deutschen und Deutschgesinnten aus ihren Stellen zu verjagen.

Landesverband Ostpreußen.

Die **Ortsgruppe Tilsit** nahm an einer Gedenkstunde der zehnten Wiederkehr des Abstimmungstages in Oberschlesien, die vom Tilsiter Schlesierverein in Jakobsruhe veranstaltet wurde, teil. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden des Schlesiervereins, Herrn Sparkasseninspektor Apler, und der Festrede des Ehrenvorsitzenden dieses Vereins, Herrn Steueroberinspektor Ryba, überbrachte der Geschäftsführer der Ortsgruppe, Herr Stadtsekretär Floeter, die Grüße des Ostbundes. Er betonte die Gleichheit der Ziele beider Verbände. Die neue Grenze habe nicht vermocht, die deutsche Kulturgemeinschaft aufzuheben; im Gegenteil hat diese ihre Probe bestanden, als der Pole mit Wahlterror dagegen anzukommen versuchte. Diese zweifellosen Erfolge der Deutschen im abgetretenen Gebiete Oberschlesien waren die Grundlagen für das energische Auftreten unseres Reichsaußenministers gegen die Polen in Genf. Die Devise: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein," beziehe sich selbstverständlich auch auf Oberschlesien. Am zehnten Wiederholungstage der Abstimmung in Oberschlesien grüße der Deutsche Ostbund die Volksgenossen in Oberschlesien mit Dank für die Treue, die sie besonders in letzter Zeit bewiesen haben, grüße sie in der Hoffnung auf baldige Wiedervereinigung mit dem Mutterlande.

Landesverband Magdeburg.

Die **Ortsgruppe Stendal** beging am 8. März im Schützenhause ihr auch von Einheimischen gut besuchtes 9. Stiftungsfest. Nach einigen Konzertstücken und einem gut vorgetragenen Prolog von Frl. Hoeft begrüßte der 1. Vorsitzende, Fleischermeister Paetzold, insbesonders den Landesverbandsvorsitzenden Herrn Belke, Magdeburg, und Herrn Klamm, Magdeburg, sowie die Abordnungen der Ortsgruppen aus Rathenow und Gardelegen und die Vertreter des Vereins heimattreuer Ost- und Westpreußen. Er gab einen kurzen Rückblick über die Entstehung des Vereins. Er gedachte auch der Deutschen in Polen und ließ seine Ausführungen in einem Hoch auf das Vaterland und das Deutschlandlied ausklingen. Der Landesverbandsvorsitzende sprach in kurzen Umrissen über Bestrebungen und Ziele des Ostbundes. Die Gefallenen wurden durch Erheben von den Plätzen geehrt. Dem 2. Vorsitzenden, Ickert, der seit Bestehen der Ortsgruppe dem Vorstande angehört, wurde eine Ehrenurkunde überreicht. Nach weiteren Gedichten von den Damen Schewe, Lemke und Ickert wurden von Freunden und Gönnern des Vereins zwei Theaterstücke aufgeführt, dem sich ein gemütlicher Ball anschloß.

Landesverband Hessen-Nassau.

Die Ortsgruppe Kassel hatte am 6. April ihre Mitglieder und Freunde zu einer stimmungsvollen Osterfeier im Saale des Restaurants Möncheberg versammelt. Nach einem Frühlingsgedicht, vorgetragen vom Sohne des zweiten Vorsitzenden, sprach der erste Vorsitzende, Pfarrer Pelz, von dem Auferstehungsglauben, der immer wieder in uns die Auferstehungshoffnung lebendig werden lasse. Noch drängen sich, wie in der Natur, auch im kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben unserer Tage finstere Wolken und dichte Nebelschwaden vor den Blick der Sonne, aber wir dürfen dessen in Zuversicht gewiß sein, „es muß doch Frühling werden". Anschließend sang Frau Christoph einige Lieder. Die Kinder wurden mit Ostersachen beschenkt. Mit Kinderliedern und dem Vortrag einiger Kindergedichte fand dieser Teil seinen Abschluß. Sodann sangen Fräulein Dreier und Fräulein Rosenberg zwei Lieder von Schubert. Die Zwischenpausen waren durch Vorträge der Hauskapelle und durch einige Aufführungen der Jungscharmitglieder ausgefüllt. Mit einer Mahnung des Vorsitzenden zu weiterer Treue und Mitarbeit für Heimat und Vaterland klang die Nachmittagsveranstaltung aus. Ein Familienkränzchen schloß sich in den Abendstunden an.

Landesverband Westfalen.

Ortsgruppe Dortmund II. Der Radfahrverein Ostmark brachte sein diesjähriges erstes Straßenrennen zur Durchführung. Die Beteiligung war gut. Der Vorsitzende konnte um 10 Uhr 23 Fahrer auf die 38 Kilometer lange Reise schicken. Ergebnis: R. V. Ostmark, Dortmund—Henrichenburg und zurück: 1. Harrasch, 38 Km., 1,08 Std.; 2. Nolte; 3. Böhmbeck; 4. Nordmann; 5. Güttler; 6. Marx; 7. Blome; 8. Kuse; 9. Riems; 10. Busch. — Jugend: 1. Walkowiak, 2. Klamroth, 3. Pawelzik, 4. Schäfer, 5. Köster, 6. Saborowski, 7. Witteborg.

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Die **Ortsgruppe Essen** veranstaltete im Saale des „Felsenkeller" gemeinsam mit ihrer Frauen- und Jugendgruppe eine große Werbeversammlung. Der Vorsitzende, Herr Willy Kaschik, sprach über die Entschädigungsfrage. Wegen plötzlicher Erkrankung konnte Herr Studienrat Grabowski, Hagen, seinen Vortrag „Des deutschen Ostens Not — Europas Schicksal" nicht halten. Der Landesverbandsvorsitzende, Herr Lehrer Sieg, Dortmund, sprach über die Zwecke und Ziele des Deutschen Ostbundes. Dieser wolle nicht nur eine Entschädigungsorganisation sein, sondern habe sich vornehmlich die Aufgabe gestellt, der bedrängten uns verbliebenen Ostmark auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete zu helfen und für die Wiedergewinnung der verlorenen Gebiete zu wirken. Den Worten des Redners folgte langanhaltender Beifall.

Ortsgruppe Wuppertal. Nach der Wahl in der Hauptversammlung setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen: Barkenfeld, Bergmann, Lehmann, Gildes, Laßner, Pieck, Ruck und Frau Waschitinski. Ausgeführt wurde folgendes: Diesseits wie jenseits der Ostgrenze gehe es mit dem Deutschtum rückwärts. Die deutsche Bevölkerung von Westpreußen und Posen sei von 1 200 000 auf 350 000 gesunken. 500 000 Hektar Landes seien aus deutschem in polnischen Besitz übergegangen. Der Verlust der vertriebenen Deutschen betrage 2 Milliarden., davon habe das Reich 1 Milliarde zurückerstattet, 500 Millionen zur Bezahlung von Reparationen benutzt und auf 500 Millionen auf Drängen der Entente zugunsten Polens verzichtet. Die Verdrängten verzichteten nicht und verlangen vom Reich Entschädigung. Die deutschen Schulen in Kongreßpolen seien von 575 auf 98, in Posen und Westpreußen seit 1923 von 577 auf 280 herabgedrückt. Von 35 135 Kindern deutscher Eltern müssen 15 825 polnische Schulen besuchen. Schulaufsichtsbeamte polnischer Nationalität, die den Minderheiten Gerechtigkeit zuteil werden ließen, wurden entlassen. Aber auch diesseits der Grenze habe das Polentum Fortschritte gemacht. Für 1379 polnische Kinder habe die preußische Regierung über 50 Schulen eingerichtet, an denen 56 polnische Lehrer, wovon 49 die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, unterrichten. Die loyale Einstellung Deutschlands gegenüber seinen polnischen Minderheiten habe keine entsprechende Rückwirkung für die deutschen Minderheiten in Polen gefunden. Zum mindesten dürfen wir verlangen, daß Polen sich bald zur Gegenseitigkeit entschließt, andernfalls die preußische Regelung des Schulwesens für Minderheiten vom 31. Dezember 1928 außer Kraft gesetzt werden müßte. Die landsmännischen Verbände haben allen Anlaß, dieser Entwicklung größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Stadtsekretär Hugo Eichler

in Berlin-Mariendorf, Prinzenstr. 16, vollendet am 24. April in geistiger und körperlicher Rüstigkeit sein 65. Lebensjahr. Herr Eichler ist Ehrenmitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost und seit dem Bestehen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg des Deutschen Ostbundes dessen verdienstvoller Kassierer. Der Werdegang des Herrn Eichler ist bereits bei seinem 63. Geburtstag im „Ostland" Nr. 16 vom 19. April 1929 gewürdigt worden, wo auf Seite 213 auch sein Bild gebracht worden ist. Er erfreut sich allgemeiner Achtung und ist in weiten Kreisen auch dadurch bekannt, daß er bei besonderen Anlässen das Bundesbanner des Deutschen Ostbundes betreut. Bei der Kundgebung des Landesverbandes Berlin im „Ulap" am 9. Juni 1930 ist ihm die silberne Ehrennadel des Deutschen Ostbundes verliehen worden. Wir wünschen Herrn Eichler und seiner Gattin auch fernerhin das beste Wohlergehen.

*

Verlobt: Frl. Gertrud Buschke-Obornik mit Herrn Hans Hermann Damm, z. Zt. Leipzig, Tierärztl. Hochschule; Frl. Hildegard Harlos-Drahnow, z. Zt. Berlin, mit Herrn Bankinspektor Konrad Schwedt-Berlin; Herr Polizeioberwachtmeister Walther Siering-Kassel-Wilhelmshöhe, Hauptfeldweg 4, früher Jägerhof-Bromberg, mit Frl. Anneliese Krapp-Krefeld; Margarete Leß, Tochter des Kaufmanns Hermann Leß, Dobrin, Kreis Flatow, früher Konitz (Westpr.), mit Herrn Carl Kahn, Darmstadt; Frl. Erne Würtz., Frankfurt a. d. O., Wißmannstr. 4, früher Argenau, Tochter des Schriftführers August Würtz, mit dem Lehrer und stellvertretenden Amtmann am Waisenhaus in Hamburg Arnold Behrens.

Verheiratet: Lehrer Kurt Reichert in Eichholz (Ostpr.), früher Schmiegel (Prov. Posen), mit Margot Sarkowski, Leipzig, früher Bromberg.

Silberhochzeit: Erich Marski, Regierungskasseninspektor, und Ehefrau Helene, geb. Voigt, Kassel, Karlsaue 8 (früher Wreschen), am 21. 4.; Apotheker Erich Berend und Frau Gertrude, geb. Krug, in Schönlanke (früher in Birnbaum), am 24. 4. (B. war von 1906—1919 Besitzer der Apotheke in der Kreisstadt Znin; ein u. a. von ihm ins Leben gerufener und immer geleiteter Turnverein diente dm Zusammenschluß der Deutschen. 1919 wurde B. unter dem Vorwand, er habe aus dem Fenster auf polnische Soldaten geschossen, verhaftet und durch den Volksrat zum Tode verurteilt. Wäre nicht im letzten Moment das polnische Geschäfts- und Hauspersonal für seinen Chef mit dem Beweise völliger Unschuld eingetreten, wäre das Urteil auch vollstreckt worden. Seine Existenz wollte man durch Errichtung einer zweiten Apotheke untergraben, man bereitete ihm Schwierigkeiten aller Art, verfolgte ihn auf Schritt und Tritt. So war er Ende 1919 zur Abwanderung gezwungen.) Postassistent i. R. Rudolf Bornstein und Frau Bertha, geb. Schweigert, früher in Strelno, jetzt Ketschendorf (Spree), Deutsche Kabelwerke, am 28. April.

Bejahrte Ostmärker: Frau Dauß, früher Birnbaum (Warthe), jetzt Töppin (Kreis Teltow), am 19. 4. 63 J.; Ernst Schwarzer, Gendarmeriewachtmeister i. R., Adelsdorf, Bez. Liegnitz, früher Pudewitz bei Posen, am 3. 3. 80 J.; Frau Auguste Schimmel, Heidedombrowka, Kreis Obornik, am 11. 4. 70 J.; Frieda Bady, Ehefrau des Architekten Richard Bady, früher Posen-Wilda, jetzt Tempelhof 2, Wüsthoffstr. 8, am 3. 5. 70 J.; Frau Klara Hensel, geb. Abramowski, früher in Posen-Solatsch, jetzt in Hannover, Ahlem 60, 76 J. (Frau H. ist die Witwe des durch sein Eintreten für das Deutschtum und als Vorstandsmitglied deutscher Vereine in weitesten Kreisen Posens seinerzeit bekanntgewordenen Polizeisekretärs Fritz Hensel); Schmiedemeister Paul Winter in Klein-Kloden, Kreis Guhrau, früher Ansiedler in Polnisch-Troppau, Kreis Schmiegel, am 4. 4. 70 J.; Eisenbahn-Lademeister i. R. Friedrich Laabs in Röntgental bei Berlin, Bahnhofstr. 47 (früher in Bromberg-Bleichfelde, Waldowstr. 5), am 1. 5. 80 J.; Lokomotivführer i. R. Otto Hampel in Hochbeltsch, Kreis Guhrau, am 20. 4. 80 J. (H. ist in Posen-Stadt als Sohn eines Steuerbeamten geboren, war als Schlosser bei der Rechten Oder-Ufer-Eisenbahn in Breslau tätig, diente in Liegnitz, wurde Lokomotivführer in Tarnowitz (O.-S.) und lebte nach einem schweren Dienstunfall im Ruhestand in Rawitsch.)

Gestorben. Schlosser Otto Tetzlaw in Berlin SW 29, Fürbringerstraße 16, b. Berger, früher Lodz, am 14. 4., 25 J.; Frau Konrektor Hildegard Säftel, geb. Lehmann, Kassel, Maulbeerplantage 27, fr. Posen, am 14. 4., 52 J.; Frau Anna Liebchen, geb. Kreutzinger, Lehrerwitwe, fr. Posen, Bitterstr. 13, jetzt Bln.-Tempelhof, Siedlung Lindenhof, am 14. 2.; Frl. Reichsbahnsekretär i. R. Elisabeth Hartnik, früher Posen, Lazarusmarkt 7, jetzt Breslau 16, Zimpel-Birkhuhnweg 4, I, am 30. 4., 44 J.; Frau Henriette Kniebek, geb. Sonnabend, in Graudenz, am 21. 4., 78 J.; verw. Frau Eisenbahnstationsassistent Eva Vollbrecht, geb. Klump, in Essen-Steele, Bochumer Str. 263, früher Strelno, am 23. 3., 84 J.; Artur Schrade in Frankfurt a. d. O., Kl. Müllroser Str. 25, früher Gnesen, 60 J.

*

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus Ostpreußen.

Osterode. Wie die „Osteroder Zeitung" meldet, überschritten polnische Grenzposten wiederholt die Grenze. Bei Odmy im Kreise Osterode betraten sie dabei das Roggenfeld des Besitzers Kruck in Odmy und beschädigten es erheblich. Der Besitzer stellte die Grenzposten zur Rede und verbat sich das Betreten des Ackers. Am nächsten Morgen stellte er fest, daß sein Brunnenwasser mit Petroleum ungenießbar gemacht worden war. Die Untersuchung des Brunnens förderte zwei Flaschen zutage, die polnische Etiketten trugen, aus denen hervorging, daß die Flaschen ursprünglich polnischen Schnaps enthalten hatten. Die Täter hatten die Flaschen mit Petroleum gefüllt und in den Brunnen geworfen. Der dem Besitzer entstandene Schaden ist um so größer, als er nun das Wasser von weither holen muß. Der Vorfall ist bereits der Regierung zur Einleitung weiterer Schritte gemeldet worden.

Grenzmark Posen-Westpreußen, mittlere Ostmark und Pommern.

Bomst. In einem Walde bei Lupitze in der Nähe der polnischen Grenze wurde eine polnische Militäruniform gefunden. Man nimmt an, daß diese Uniform von einem polnischen Soldaten stammt, der über die Grenze desertiert ist, sich Zivilkleidung angezogen hat und weiter in das Innere Deutschlands geflohen ist.

Frankfurt a. d. O. Der vom Magistrat der Stadtverordnetenversammlung vorgelegte endgültige Etatentwurf schließt mit einem ungedeckten Fehlbetrag von 1 008 998 M., der entweder durch neue Steuern oder durch Abstriche beseitigt werden muß.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Bromberg. Maskierte Banditen drangen auf den Bauernhof des Besitzers Nell in Klein-Kämpe, schossen den Besitzer nieder und raubten das ganze Haus aus. Der Zustand Nells ist hoffnungslos.

Posen. Posen hat eine Wilson-Straße und einen Wilson-Park. Nun soll es auch noch ein Wilson-Denkmal erhalten, denn Wilsons 14 Punkten, die nachher so willkürlich angewandt wurden, hat Polen es zu danken, daß es Posen erhielt. Bis Ende April

werden an verschiedenen Stellen der Stadt Posen Denkmalsentwürfe ausgestellt, die das Publikum begutachten soll. Der Entwurf, der die meisten Stimmen erhält, kommt zur Ausführung.

Aus Westpreußen.

Gdingen. Hier wurde ein vorläufiger Hafenrat gebildet, dessen Vorsitzender Dr. Hilchen wurde, ein deutscher Renegat. Der Hafenrat beschloß einstimmig, das Freihafenbecken „Bassin des Ministers Kwiatkowski“ zu benennen, als Belohnung und Ehrung für die großen Verdienste, die der frühere Handelsminister Kwiatkowski sich um den Ausbau des Hafens Gdingen und der polnischen Handelsflotte erworben hat.

Stargard. Eine Bromberger Gießerei hat vom Magistrat in Stargard ein Bronzedenkmal Kaiser Wilhelms I. zum Abbruch erworben. Das Denkmal hat ein Gewicht von 20 Zentnern und soll in Kürze eingeschmolzen werden. Auf diese Weise wird es dem Magistrat in Stargard möglich, seine stark erschütterten Finanzen wieder zu sanieren.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Am ostmärkischen Herd“ 16 Seiten.

Für die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.

Schluß der Inseraten-Annahme jeweils Mittwoch mittags 12 Uhr für die nächstfolgende Nummer.

Am 11. April entschlief nach jahrelangem schweren Leiden unsere treusorgende, geliebte Mutter

Anna Linke

geb. **Zerbe**,
verw. Regierungs-Sekretär,
früher Posen, im 84. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:
Geschwister Linke.

Görlitz, den 13. April 1931.

Beschlagnahme droht

dem Roman „Umstrittene Erde“! Schnellste Bestellung geboten.
(Siehe „Ostland“ Nr. 14, Seite 158.)

Zugunsten der Heimatspende

halten wir folgende Bücher verfügbar und bitten, sie auf dem anhängenden Formular bestellen zu wollen.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung,
Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 43.

——— Ausschneiden! ——— Als Drucksache senden! ———

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich:

.... Stück **Menzel, Umstrittene Erde** (Roman aus der Notzeit unserer Heimat). Vorzugspreis geb. 5,— M.

.... „ **Lüdtke, Das Jahr der Heimat** (Roman aus den Schicksalstagen der Ostmark 1918—1919). Vorzugspreis geb. . . . . **3,— M.**

.... „ **Lüdtke, Spuren des Lichts** (enthaltend „Daheim“ und andere ostmärkische Dichtungen). Vorzugspreis geb. . . . . **2,40 M.** zuzüglich Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Postscheck. (Nichtzutreffendes durchstreichen.)

Name: .... Wohnort: ....

....

Poststation: ....(genau ausfüllen.)

Ältere alleinstehende

Frau oder **Mädchen**

zur Führung des gesamten Haushaltes, Dauerstellung, heimatloser Flüchtling bevorzugt, vom 1. 5. ab gesucht. Frau Hauptlehrer **Reetz Unruhstadt.**

Ernstgemeint!

Ostmärker, Anfang 40, evgl., ledig, angenehme Erscheinung, 8000 M. bar, sucht Landwirtstochter oder Witwe mit kl. Anhang passenden Alters kennenzulernen wo

Einheirat

in größ. Landwirtschaft bzw. Gastwirtschaft geboten wird. Ernstgemeinte Offerten mit Bild, welches zurückgesandt wird, unter **921** an das „Ostland“ erb.

Unterbeamter, pensionsberecht., 35 J., 168 groß, evangelisch, ansehnlich, Vorort Bln., **sucht** eine sparsame

Hausfrau

mit etwas Vermögen, ernstgemeint, Bild zurück. Zuschriften **Postlagerkarte 66, Berlin-Pankow I.**

Wer kennt

die Anschrift des Rechtsanwalts **Wilh. Dyckbandt** und des Eisenbahnbeamten **Gustav Stiebert?** Gefl. Angaben unter **923** an das „Ostland“ erbeten.

Ostmärker!

tretet unserer Sterbekasse bei. Auskunft erteilt die Bundesleitg.

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 — Fernruf: Steinplatz 8031 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Krebel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW, Zimmerstraße 7/8.

Am ostmärkischen Herd

Unterhaltungsblatt zu der Wochenschrift „Ostland"

Herausgegeben von Emanuel Ginschel und Dr. Franz Lüdtke
Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg

Nr. 9 | Berlin, den 24. April | 1931

Der Herr der Scholle.

(15. Fortsetzung.) Roman aus der Zeit des letzten polnischen Aufstandes. Von **Otto Boris.**

Der Junge legte sich tief auf die Kruppe des Pferdes und sah hinter sich. Da erkannte ihn Grusko: „Bei Gott Gustav!" Er folgte dessen Augen und sah zwei Reiter, die seinen Sohn verfolgten, eben aus dem Walde herausjagen. Einer der Kerle hob ein Gewehr.

„Gustav, Lola!" schrie der Alte, „jagt, was ihr könnt!"

Der Verfolger zielte. Der Schuß krachte. Tiefer drückte sich der Junge auf den Gaul. „Hundeblut, verfluchtes", knirschte der Alte und setzte sich in Trab, um den Verfolgern den Weg abzuschneiden.

Gruskos Beine wollten nicht so schnell, als er es wünschte. „Bist doch schon ein altes Luder geworden, Kazapp", knurrte er ingrimmig. Jetzt war der Vorderste auf zweihundert Meter an Gustav herangekommen. Wieder hob er die Büchse. Da ging der Alte ins Knie: „Einen Augenblick, Brüderchen! — — Der Fuchs — — —"

Fast gleichzeitig krachten die Schüsse. Gustavs Pferd machte einen wilden Seitensprung, so daß der Reiter aus dem Sattel flog. Aber das Pferd des Polen bäumte sich hoch auf. Schnell setzte ihm Grusko eine zweite Kugel auf das Blatt. Da überschlug es sich.

Der zweite Reiter machte kehrt und verschwand schnell in der Richtung, aus welcher er gekommen war.

Grusko hatte eine furchtbare Angst um seinen Jungen, so daß er dem Flüchtigen keinen Blick gönnte. So schnell er konnte, lief er auf die Stelle zu, wo sein Kind gefallen war: „Gustav, Lola!" schrie er aus Leibeskräften.

Lola spitzte die Ohren und kam ihm entgegengetrabt. Aber auch der Junge erhob sich. Er staunte nachdrücklich, als er sah, wer da angelaufen kam. Der Alte ließ ihn nicht zu Worte kommen. Er umarmte und küßte ihn: „Hast dir auch nichts kaputt gemacht, mein Kerlchen?" fragte er zärtlich. Gustav war der Auftritt peinlich. Er kannte seinen Vater nur stille und ernst. Darum sah er errötend weg.

„Bist ein dummer Bengel", lachte Grusko verlegen und zauste ihm den vollen Busch. „Komm, wollen sehen, wie es dem Pollak ergangen ist."

„Wie kommt Ihr hierher, Vater?"

„Frag nicht, jeder hat sein Geschäft. Du mußt mit dem Brief nach dem A. O. K., und ich werde wohl zum Aufpassen sein, daß das junge Volk keine Verrücktheiten macht."

Der Pole erhob sich stöhnend. Er hatte ein geschundenes Gesicht und einen gebrochenen Arm. Das Pferd war tot. „Was wolltest du von meinem Jungen, du Hund?" schrie ihn Grusko an. „Bet ein Vaterunser, bevor ich dir die Gurgel abschneide."

Als der Pole das Weidmesser in der Faust des Alten blitzen sah, fiel er in die Knie.

Die schlotternde Todesangst ernüchterte Grusko. „Du bist nicht wert, daß dich die Läuse fressen", schrie er ihn an. Steh auf! Woher kommst du? Wer hat dir befohlen, auf unmündige Kinder zu schießen? Sag, wer ist der Schuft?"

„Wir hatten den Befehl, keinen Menschen, der uns verdächtig erscheint, undurchsucht zum Bahnhof durchzulassen."

„Wer hat euch das befohlen?"

„Wir sind die berittene Verbindungspatrouille."

„Wer bist du, was bist du? Eine wilde Sau bist du, ein gemeingefährlicher toller Hund. Wer hat euch zur Patrouille gemacht?"

„Der Rittmeister."



Der schöne Osten: Siedlungen an der Sorge (Ostpreußen).

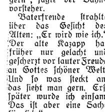
„Ach so, Nadzinski. Die Bahn hat er abgesperrt! Darum waren gestern so wenig Polen bei Soykas. Schön, mein lieber Freund, nun wollen wir dich nach Preußen schicken, damit man deinen durcheinandergeratenen Verstand in Ordnung bringt. Vorwärts, marsch zur Bahn!"

Unter Stöhnen und Jammern des Verletzten schafften Vater und Sohn ihn weiter. Als er aber die Bahn erreicht hatte, brach er zusammen.

Der Vorsteher war über den neuen Zwischenfall aufs tiefste empört. „Das ist nicht das erste Mal, daß uns klar wird, wo die Polen hinaus wollen", sagte er. „Wenn wir bis morgen keine Antwort von Berlin haben, daß der Heimatschutz Ost sich in Bewegung setzt, treten wir in den Ausstand. So kann es nicht mehr weiter gehen."

„Haben Sie nicht einen Beamten, der den verd— — — Kerl nach Bromberg begleitet?" fragte Grusko.

Der Vorsteher schüttelte den Kopf. „Ich werde aber mit dem Zugführer sprechen, der nimmt ihn und Ihren Sohn in das Dienstabteil."



Gustav mühte sich schweigend, dem Verletzten mit Hilfe eines Stabes und Hemdfetzen den Arm zu schienen. Gerührt sah ihm Grusko zu. „Ich mag Ihren Gustav gern", sagte der Bahnvorsteher.

Vaterfreude strahlte über das Gesicht des Alten: „Er wird wie ich." Der alte Kazapp hat früher nur gelacht und gescherzt vor lauter Freude an Gottes schöner Welt. Und so was steckt an, das sieht man gern. Erst später wurde ich einsam. Das ist aber eine Sache für sich."

Die Männer gingen dann aufs Polenthema über. Der Bahnvorsteher Baumann versprach, Grusko zu benachrichtigen, wann die Eisenbahner in Schneidemühl zu einer Kundgebung zusammenkommen würden. Er machte ihn mit der Stimmung in den deutschen Beamtenkreisen vertraut. Überall herrschte Empörung über das unverantwortliche Benehmen des Ministeriums.

„Wenn sie die Provinz aufgeben wollen, meinetwegen; aber wie kommen sie dazu, deutsches Eigentum und deutsches Leben aufs Spiel zu setzen? Die haben ja keine Ahnung, wie der Pole ausarten kann, wenn ihm die feste Hand fehlt."

„Sie sind Beamter", sagte Grusko, „Sie finden Ihr Brot auch anderweitig. Was sollen aber die deutschen Bauern tun? Wer bezahlt ihnen das väterliche Erbe? Wo sollen die Leute in dem dichtbesiedelten Deutschland hin, wenn sie von hier vertrieben werden! Was sollen die anfangen, die nicht von ihrem Gelde leben können? Wer aber ist imstande, einem Menschen die Heimat zu ersetzen? Ich sage Ihnen, Baumann, einst werden andere Zeiten und andere Auffassungen kommen, dann wird man den Kopf schütteln, wo der Minister seine Augen gehabt hat."

„Er will nichts sehen," ereiferte sich Baumann. „Man müßte ihn mit Gewalt die Augen öffnen!"

Der Zug meldete sich an. Der Vorsteher mußte in das Büro. Grusko schritt auf seinen Jungen zu. „Wann war Karl zu Hause?"

„Ungefähr um 7."

„Wo ist er denn hin?"

„Das hat er nicht gesagt. Wie ich abritt, war er noch zu Hause. Mutter ließ ihn nicht so schnell los. Aber er wollte die Lisbeth suchen gehen. Er sagte, sie hätte sich verlaufen."

„Hm," machte der Alte. „Wenn dieser Bengel, der Karl, mit seinem Schneid die ganze Sache verdirbt, will ich mein ganzes Leben lang nur noch Spatzen schießen!" —

Er nestelte den Brustbeutel heraus und drückte Gustav einen größeren Schein in die Hand: „Da, nimm, iß gut, damit du stark bleibst, und komm nicht eher aus Bromberg nach Hause, bis ich dir Bescheid gegeben habe. Sobald du erfährst, daß sie kommen wollen, schicke ein Telegramm an die Greta: Bin unterwegs, dein Sohn Gustav."

Schweigend steckte der Junge das Geld zu sich.

„Der kommt ja doch zurück, ohne daß ich es will", brummte der Alte in seinen buschigen Bart. „Harte Köppe!"

Der Zug kam. Man verlud den Polen. Die Reisenden hatten alle die Abteile verlassen. Neugierig standen sie herum.

Angst und Grauen war auf den meisten Gesichtern zu lesen. Was war nun schon wieder los? Aus allen Teilen Polens wurden furchtbare Dinge berichtet. Man kam aus der Aufregung nicht heraus. Mit Verspätung dampfte der Zug davon.

Lange sah ihm der Alte nach. Dann schulterte er seine Büchse und wollte zum Walde hinaufsteigen. Der Bahnvorsteher kam ihm nach. „Nun können wir ein Schnäpschen nehmen!"

„Meinetwegen", brummte Grusko.

Als der erste Schluck hinter die Binde gegossen war, wischte sich der Alte seinen Bart und sagte: „Sie besinnen sich noch, Baumann, auf den Bock in der Kiste, den Sie im vorigen Jahre in der Schonzeit nach Bromberg befördert haben."

„Habe Angst genug ausgestanden", schmunzelte der Vorsteher.

„Auf Ihre Angst kommt es nicht an, sondern dieser Bock war ein Luder, ein richtiger Verbrecher. Er jagte alle Rehe aus dem Revier. Also schoß ich ihn außer der Zeit. Bin ich schuldig? Nein, sondern das Gesetz hat auf diesen Fall nicht gepaßt. Man macht ein Gesetz zum Schutz der Tiere oder der Menschen gegen Banditen. Wenn nun aber dieses Gesetz zum Knüppel in der Hand der Schlechten wird, mit dem sie auf die Guten losgehen, dann muß der gute Mensch auf solche Gesetze pfeifen und seine eigene Gewalt brauchen."

„Ich weiß nicht, wo Sie hinauswollen?"

„Einfach, Radzinski und der verdammte Herr v. Zielosko, der Landrat, sind Schufte, aber sie haben das Gesetz in ihren Händen. Der Oberste Volksrat in Posen besteht aus Landesverrätern, aber sie machen das Gesetz. — — Nun denken Sie sich unseren guten Ludwig Lohmann und die Deutschen, die gewohnt sind, die Obrigkeit anzubeten. Nur so war es möglich, daß die Polen soweit gekommen sind. Manchmal könnte ich den Ludwig prügeln. Der Förster Anschütz ist auch noch nicht mit sich im reinen, trotzdem er mit hellen Augen sieht, daß man ihn gegen alles Recht aus dem Amte vertrieben hat."

„Es ist toll," sagte Baumann; „aber wer denkt denn gleich an so was?"

Grusko stürzte ein neues Glas hinunter: „Zielwasser", sagte er, „möglich, daß ich es noch heute nötig habe. — Gestern," fuhr er fort, „habe ich den deutschen Knüppel gegen die polnische Knute ausgespielt. Da hätten Sie nur sehen sollen, wie sie Dresche gekriegt haben und gelaufen sind." In dürren Worten berichtete er von der Prügelei bei Soyka. Baumann strahlte: „So müßte es überall gemacht werden."

„Gut so, es gibt jetzt verschiedene Möglichkeiten. Entweder der Heimatschutz rückt ein, oder wir Deutsche rücken aus, wenn wir uns nicht selbst helfen."

Baumann zuckte die Achseln.

„Dummes Huhn", sagte der Alte ärgerlich. „Was wollt ihr auf Berlin drücken? Greift doch das an, was näher liegt. Das ist Nadzirowko. Das ist das Hauptnest der Polen. Diesen Warschauer Lümmel, den Radzinski, mit der ewigen Reithose und Lackstiefeln, soll man möglichst schnell aus der Gegend jagen oder mit solch einem Misthaufen bedecken, daß er nicht mehr raus kann. Zuerst waren es nur ein paar Leibjäger, dann kamen mehr und mehr dazu. Es wird nicht lange dauern, dann hat der Hund eine ganze Kompagnie beisammen. Der Landrat kann die Zuläufer in der Stadt nicht verbergen. Da ist unser schöner Wald gut genug dafür. Sie laufen kreuz und quer durch den Forst. Alles Wild reißt aus. Mein Gelände ist vollgepropft voll Rehe und Hasen. Nur schade, daß ich gerade jetzt keine Zeit zum Schießen habe."

„Wie sollen wir gegen die vielen Polen aufkommen", seufzte Baumann.

— „Sie meinen die Polnische Heimwehr. Wo bleibt denn die Deutsche Heimwehr? Sind wir nicht genug Leute? Schlag und Gewitter, wir werden doch noch diese Gesellschaft bändigen können. Wenn das nicht geschieht, dann ist nur der Respekt vor dem Gesetz an allem schuld."

Baumann schenkte ein: „Ja, lieber Freund, recht haben Sie schon; aber es fragt sich, wie das zu machen ist."

„Sehr einfach. Wenn unser Heimatschutz Ost nicht einrückt, schicke ich herum zu allen deutschen Männern und lade sie nach Grudzisko auf einen Tag ein. Dann nehmen wir unsere Gewehre und hauen den Polen aus dem Wald und Radzinski aus Nadzirowko heraus, wie gestern aus dem Soykaschen Krug. Schlag und Gewitter, Sie sollen sehen, wie die in Berlin die Augen aufmachen, wenn ein paar Dutzend Tote herumliegen. Nur so können wir den Heimatschutz Ost zum Marschieren bringen."

Baumann nickte: „Wenn unsere Soldaten das Gewehr nehmen, dann schreit alles ‚Militarismus'; wenn aber Zivilisten mit der Waffe die Gegend unsicher machen, dann verteidigen sie Menschenrechte."

„So ist's", erwiderte der Alte. „Nun aber sprechen Sie nicht viel darüber, sondern warten Sie, bis es soweit ist. Wer ein Männerherz hat, kommt sowieso mit. Viel Schwatzen ist Polenart."

Baumann schenkte wieder ein. „Das ist aber der Letzte", sagte Grusko. „Ich habe nicht geschlafen, da macht der Schnaps müde."

Er hing die Büchse über die Schulter, reichte Baumann die Hand und ging. In der Türe wendete er sich noch einmal um: „Sollte die Lisbeth Pettelkau ankommen, dann sagen Sie ihr, sie möchte nur bis Bromberg fahren und auf meinen Karl warten."

„Vielleicht werde ich so meinen dummen Jungen los", schmunzelte er, als er draußen war.

IX.

Als Grusko die sanften Hügel zum Walde emporstieg, kam ihm die Sache nicht ganz geheuer vor. Wie, wenn Radzinski doch auf den Beinen war und seine Anordnungen getroffen hätte?

Er überlegte hin und her. Es war möglich, daß man ihn beobachtet hatte, ebenso wie man Gustav auf die Spur gekommen war. „Armer Wald", sagte er, „sitzt der Pole drin wie die Laus im Pelz."

Rechts auf der Brache lag eine dunkelbraune Masse, das tote Pferd. Der Alte blieb stehen und betrachtete den Waldrand mit feindseligen Blicken: „Wenn sie mich angreifen, dann wohl in der Überzahl." Da fiel sein Auge auf einen Haufen Feldsteine, die man am Grenzrain aufgeschichtet hatte.

Er suchte sich ein Dutzend handlicher heraus und tat sie in den Rucksack, ohne den er ebenso undenkbar war wie ohne Büchse und Glas. „Wer kann wissen?" brummte er vor sich hin.

Das Ergebnis seiner Erwägungen war, einen Bogen nach links zu machen, das Gatter zu übersteigen und neben dem Wege bis zu der Kreuzung zurückzugehen, wo er Lisbeths Spur verloren hatte. Von dort wollte er ihre Fährte wieder aufnehmen.

Mit langen, fördernden Schritten eilte er vorwärts. Bald hatte er das Gatter erreicht. „Der Fuchs muß ein Loch haben", lächelte er, zog das Messer und zerschnitt dicht über dem Erdboden den Draht. Dann legte er sich auf den Rücken und schob sich in den Wald.

Kaum rauschten die Bäume über ihm, da fühlte er sich sicher. Trotzdem er keine Vorsichtsmaßregel außer acht ließ, kam er doch sehr schnell vorwärts.

Als er die Wegkreuzung erreichte, war es halb eins. „Daß dich der Fuchs" —, entfuhr es ihm. „Ist das dumme Mädchen doch auf den Holzweg geraten. Hätte gestern mehr rufen sollen."

Nun aber verlor er die Spur nicht mehr. Er fand die Stelle, wo sie geschlafen hatte. Bemerkte bald, daß sie ihm Kreise umhergeirrt war, nahm den Durchmesser desselben und stand auf der Straße zum Forsthaus. Vorsichtig verfolgte er die Fährte weiter. Kurz vor dem Forsthaus bog er ab. Er wußte, daß es besetzt war, und hielt es für aussichtslos, mit einer großen Übermacht eine Schießerei anzufangen.

Dafür untersuchte er alle Wege, die vom Hause abführten. Nirgends war eine Spur von Lisbeths hohen Absätzen zu finden. Also war sie doch drin.

Grusko sah zur Uhr. Es war bald drei. Was mochte Lisbeth so lange dort tun? Da kam ihm ein Gedanke, der ihm das Blut ins Gehirn trieb: Man hält sie gegen ihren Willen fest, um Karl auf die Leimrute zu locken; oder, was noch schlimmer wäre — —. Er dachte an das Jagdfest bei Radzinski und wagte nicht, den Gedanken zu Ende zu bringen.

„Wart, du schwarzer Satan! Nun hast du aber ausgespielt. Dein Urteil ist gesprochen. Nimm dich vor dem Kazapp in acht!"

Was sollte er aber tun? Das Haus stürmen? Dabei gingen viele Menschenleben zugrunde, und die Kinder würden ihrer Liebe nicht froh werden, wenn sie auf Blut gebaut wäre. Obendrein war Radzinski Amtsvorsteher und hatte die Polizeigewalt. Wenn er gegen ihn die Leute aufhetzte, beging er Landfriedensbruch.

Stimmen näherten sich. Da der Wald an dieser Stelle kein Unterholz hatte, also wenig Deckung bot, mußte Grusko ein Stück zwischen sich und den Weg bringen. Wo Lisbeth war, wußte er ja. Nun blieb noch übrig, festzustellen, wo sich der widerspenstige Sohn Karl herumtrieb. Er wollte also zunächst nach Hause, um seine Frau auszufragen.

Wie er aber auf den kleinen Waldsteg kam, der von der Försterei nach Grudzisko führte, entdeckte er auf dem lockeren, schwarzen Erdreich eine frische Spur.

Er beugte sich nieder. Da! Eine zweite.

Ihm ahnte, wer hier gegangen war. Er verglich, prüfte. Es stimmte alles: Die Länge des Schuhes, die breite Spitze, die Schrittentfernung, und nun wurde es ihm zur Gewißheit, die stärkere Auswärtsdrehung des linken Fußes. „Karl," sagte er, „da brauch ich nicht mehr nach Hause zu gehen."

Ein weiterer Zeuge kam, eine sorgfältig ausgedrückte abgebrannte Zigarette. Nun blieb der Alte seinem Sohne sicher auf der Fährte. „Der denkt wohl an die Familie Anschütz, daß er die Lisbeth in den Wildhütten sucht", schmunzelte er.

Doch da blieb er wie angewurzelt stehen. An einer Stelle war der Boden zerstampft. „Sie haben seine Spur untersucht", brummte er vor sich hin. „Da, verflucht, einen Hund haben sie auch mit."

Eine unheimliche Ahnung packte ihn. Es wurde ihm heiß im Kopf. Er mußte seine Mütze abnehmen. Aber desto schneller folgte er den drei Fährten. Jetzt bogen sie links vom Wege in den Wald.

Wahrhaftig, der Hund und die beiden Fremden folgten Karl. Grusko wischte sich den Schweiß von der Stirn. Er sah zum Himmel auf. Ein Sturm hatte sich erhoben. Dicke Wolken jagten wie aufgescheuchte Rosse dahin. (Fortsetzung folgt.)

Eine Wanderung durch Warschau.

Für den Freund von Geschichte und insbesondere von Kulturgeschichte ist es ein besonderer Genuß, unabhängig von jeder Führung, nur dem Zufall und eigenem Instinkt vertrauend, durch Warschau zu Fuß zu wandern. Zwar zählt die Stadt schon über eine Million Einwohner, aber das Zentrum läßt sich doch bequem ohne Kraftwagen bewältigen. Zunächst fällt der große Straßenlärm und die wogende Menge Menschen lästig. Mit der Zeit gewöhnt man sich daran, obgleich man es nicht einsieht, warum die verhältnismäßig wenigen Kraftwagen sich so außerordentlich bemerkbar machen müssen. Daß sie rattern und knattern ist verständlich, denn es sind meistenteils alte Fordwagen, die auf den schlechten polnischen Straßen ausgeleiert sind. Aber dieses Übermaß im Gebrauch der Hupen! Man hört es heraus, daß es dem Wagenlenker große Freude macht, sich recht bemerkbar zu machen und möglichst noch die Straßenjungen, die mit aller Lungenkraft ihre Zeitungen anpreisen, zu übertönen. Der Zeitungsverkauf auf den Straßen scheint eine unzählige Menge von Menschen zu beschäftigen. Nicht nur, daß an jeder Straßenecke sich ein Zeitungsstand befindet, es werden noch auf Schritt und Tritt den Passanten mit lautem Zuruf die neuesten Zeitungen angeboten. Zu jeder Tageszeit erscheint irgendeine Zeitung, und da das Interesse des Publikums für die Tagesereignisse rege ist, so werden auch Zeitungen gekauft. Auch Berliner Zeitungen sind in den Kiosken zu haben, und zwar an dem Erscheinungstage und nicht teurer als in Berlin.

Der Ausgangspunkt unserer Wanderung ist der Hauptbahnhof, auf welchem wir angekommen sind, und der diesen stolzen Namen trägt, aber eigentlich nur ein Schuppen ist. Der Hauptbahnhof soll erst gebaut werden, natürlich wenn das Geld dazu da sein wird. Dieser Geldmangel fällt sofort beim Betreten der Stadt auf, und dieser Eindruck verläßt auch nicht mehr den Besucher. Vor dem Bahnhof zieht sich die verkehrsreiche Marszalkowska-Straße hin, die wir früher, als hier noch Rußland regierte, auf gut deutsch Marschallstraße nannten. Es dürfte in Deutschland wenig bekannt sein, daß die Deutschen in Warschau im Verkehr untereinander die Straßennamen in deutscher Übersetzung anwandten. So hieß die Elektoralna Kurfürstenstraße, Nowy Swiat Neue Welt, die Krakowskie przedmieście Krakauer Vorstadt usw. Wir wollen diesen schönen Brauch auch fernerhin pflegen, um so mehr als die polnische Aussprache der Namen eine gewisse Schwierigkeit bietet. Wir schwimmen mit dem Menschenstrom die Jerusalemer Allee entlang in Richtung der Weichsel und entdecken zu unserer Freude eine alte Bekannte aus Deutschland, die Lichtreklame von Telefunken, die uns mit leuchtenden Buchstaben an die internationale Geltung der deutschen Industrie erinnert. An der Ecke der Neuen Welt geraten wir in ein beängstigend dichtes Menschengedränge. Ein Unglücksfall? — denken wir. Aber nichts ist geschehen. Nur: das Wetter ist schön, da strömen die Menschen auf die Straße. Es ist der Herdentrieb des Slawen, der sich allein zu Hause nicht wohlfühlt und die Masse seiner Mitmenschen aufsucht. Angenehm sind wir davon berührt, daß die Zahl der jüdischen Kaftane geringer geworden ist. Was die russische Knute nicht zuwege gebracht hat, das bewirkt jetzt das jüdische Geschäftsinteresse. Der Warschauer Jude ist im neuen Polen ein Staatsbürger, der nur den äußeren Beschränkungen unterworfen ist, die er sich mit seiner jüdischen Kleidung selbst auferlegt. Was der jahrhundertelange Zwang und alle Sondergesetze nicht vermocht haben, das wird jetzt durch das Lockmittel der Gleichberechtigung erreicht. Soviel ist dem Juden sein Kaftan nicht wert, daß er sich seinetwegen von den Rechten des polnischen Bürgertums ausschließt. Und so sieht man nicht nur die jüngeren, sondern auch die alten Juden als frischfrisierte Europäer auf den Straßen wandeln. Geschäftlich hat die Niederlegung der alten Trennungsmauer zwischen Polentum und Judentum für Polen eine außerordentliche Bedeutung, denn die Juden verfügen über gute Verbindungen zu allen Handelsplätzen der Welt. So sitzt der Bruder des Warschauer Geschäftsmannes in Berlin, sein Schwager in London und der Neffe schon in Neuyork. Dieser Tatsache sollte die deutsche Geschäftswelt, die Verbindungen nach Polen sucht, ihre Aufmerksamkeit schenken.

Doch lassen wir Juden und Geschäfte beiseite! Gehen wir lieber der jungen Warszawianka nach, um das Bild der Polin, das uns Dichter und Schwärmer geschildert haben, mit der Wirklichkeit zu vergleichen. Die ganze Kleidung ist wieder bescheidener und verhüllt mehr die körperlichen Reize, die noch vor wenigen Jahren so gern zur Schau gestellt wurden. Kurze Röcke tragen nur noch Dienstmädchen und Fabrikarbeiterinnen. Die bürgerliche Polin ist nicht mehr die, die sie früher war. Nicht nur, daß man den billigen Kleidern die Not der Zeit ansieht; auch Körper und vor allem Gesicht lassen den Mangel an Pflege erkennen, der einem an mehr weibliche Sorgfalt gewöhnten Ausländer wenig angenehm auffällt. Die kosmetischen Mittel der Polin, das sieht man sofort, sind nicht erstklassig. Es fehlt ihr an Geld bei der allgemeinen Verarmung; es fehlt ihr an Zeit, da sie dem Gelderwerb nachgehen muß, und vor allem: es fehlt ihr das erforderliche Verständnis für die notwendige Körperpflege. Die junge Polin treibt selten oder fast gar keinen Sport; schuld daran ist wohl besonders die slawische Trägheit. Wir korrigieren im stillen das Bild der Polin, das uns unsere leicht entflammten Dichter entworfen.

Und wenden unsere Aufmerksamkeit einem polnischen Offizier zu. Wir wundern uns, daß an seiner Uniform keine Waffen zu sehen sind und erfahren dann, daß die polnischen Offiziere in ihrer Garnisonstadt keine Waffen tragen. Wenn nun schon die Offiziere einen unmilitärischen Eindruck machen, wozu auch ihre saloppe Haltung beiträgt, so machen die Soldaten einen noch merkwürdigeren Eindruck auf uns. Hier sind es besonders die Juden, die so gar nicht in die Uniform hineinpassen wollen. Wenn man die jüdischen Soldaten betrachtet, gewinnt man von dem Kampfesgeist des polnischen Heeres keine allzu hohe Meinung. Die großartigen Rüstungen, die Polen mit französischem Gelde betreibt, verlieren viel an Wert durch die 11 v. H. Juden, die namentlich durch ihren Einfluß auf die Masse der Analphabeten und fremdstämmigen Soldaten den Geist der polnischen Armee zersetzen.

Ein schönes Bild bietet dem Fremden die Krakauer Vorstadt mit ihren Kirchen und Palästen. Da ist gleich links die mächtige Heilige Kreuzkirche, die in den Jahren 1682 bis 1757 nach Plänen italienischer Meister erbaut wurde. In ihr wie in den anderen Warschauer Kirchen fallen die vielen Inschriften und Gedenktafeln auf, die in den Kirchenschiffen und an den Pfeilern angebracht sind, eine Folge des früheren russischen Verbotes, verdiente Polen durch öffentliche Denkmäler zu ehren, so daß die Anbringung von Gedenktafeln im Innern der Kirchen für die Polen die einzige Möglichkeit war, den Verdiensten der Toten eine Dankbarkeit zu erweisen. Palast reiht sich an Palast in bunter Reihe mit sehenswerten Kirchen. Das ehemalige königliche Schloß, davor das 20 Meter hohe Denkmal Siegmunds III., hat seine uralte Geschichte. Schon zu Zeiten der Fürsten von Masowien, am Ende des 12. Jahrhunderts, stand hier ein gotischer Ziegelbau, dessen Mauerreste und Turmfundamente noch erhalten sind. Eine enge Straße führt von hier zur Altstadt, an der Johanneskathedrale vorbei, einem dreischiffigen gotischen Bau, der durch seine innere Schönheit überrascht, und vorbei an der Jesuitenkirche, einem zweischiffigen Barockbau. Dann stehen wir überrascht vor dem unerwarteten Bild, das uns die Warschauer Altstadt bietet: Wäre nicht quer über den großen Platz eine Antenne gespannt und würde nicht ein Autobus über den Platz rattern, dann könnten wir meinen, uns plötzlich ins 17. Jahrhundert zurückversetzt zu sehen. Hier war das Zentrum Warschaus zu Zeiten der masowischen Fürsten, dann während der Regierung der Wasa und zuletzt noch im 18. Jahrhundert. Auf dem Markt wurden früher die Todesurteile vollstreckt und noch im Jahre 1689, während der Regierung des Königs Johann Sobieski, wurde hier der Edelmann Lyszczynski wegen Atheismus auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Von allen Seiten ist der Platz von mehrstöckigen massiven Gebäuden mit ausgeschmückten Portalen umgeben, die noch mit den Wappen ihrer Besitzer geschmückt sind, und vielfach hübsche Gewölbe, Säle, Treppenhäuser, alte Baubeschläge und Gitter aufweisen. Es sind Zeugen der deutsch-gotischen Blütezeit des Bürgertums im altpolnischen Reiche. Als nach dem Brande vom Jahre 1431 der Bau von Holzhäusern in der Stadt verboten wurde, sind hier rings um den Markt dreißig gotische Häuser aufgeführt worden, von denen sich das Haus der masowischen Fürsten bis heute erhalten hat und unter denen besonders das Haus der Fukier, unsere Aufmerksamkeit erregt. Das Haus ist bis heute im Besitz der alten Patrizierfamilie, die in direkter Linie von den Augsburger Fuggern abstammt. Im Flur hängt ein altes Holzschiff, das Sinnbild des Überseehandels. Der kleine Hof hat Arkaden und Balkons im Renaissancestil erhalten. Die Weinstube im Erdgeschoß, die seit dem Jahre 1590 besteht, lädt uns zur Rast nach der ermüdenden Wanderung durch Polens Hauptstadt ein, die in ihren schönsten Teilen überall den fremden Kultureinfluß, das Wirken deutscher und italienischer Künstler verrät.

Karl Duwe.

*

Der Alkoholismus in Polen.

Als vor einigen Monaten die Novelle zum Antialkoholgesetz im Warschauer Sejm beraten wurde, führte der frühere Ministerpräsident Ponikowski über den Alkoholmißbrauch in Polen u. a. aus: Danach haben sich unter der Schuljugend 93 v. H. der Knaben und 87 v. H. der Mädchen an dem Alkohol gewöhnt. In der staatlichen pädagogischen Gesellschaft wurde festgestellt, daß in Warschau in den Volksschulen 70 v. H. der Knaben und 62 v. H. der Mädchen Alkoholiker sind. Obwohl Warschau das Sportzentrum Polens ist, habe sich auch unter dem Einfluß des Sports der Prozentsatz nicht allzu wesentlich verringert. Der größte Prozentsatz, und zwar 100 v. H., entfalle auf siebenjährige Kinder, erst in einem vorgeschrittenen Alter werde der Prozentsatz der trinkenden Kinder geringer. Geradezu erschütternd sind die Zahlen, die die Warschauer Ambulatorien liefern. Bei 2500 Säuglingen, die im Ambulatorium behandelt wurden, stellte es sich heraus, daß die Mütter schon im ersten Vierteljahr dem Kinde Alkohol gegeben haben, wie die Mütter sagen, zur Stärkung, zur Erwärmung, zum Schlaf und zur Gewohnheit. Der fünfte Teil der neugeborenen Kinder habe in den ersten drei Lebensmonaten den Alkohol kennengelernt. Im Alter von 6 bis 14 Jahren waren in einem Warschauer Gymnasium nur 18 v. H. der Schüler noch nie betrunken. Der Vizeminister erklärte: „Bei uns in Polen werden die schärfsten Bestimmungen keinen Einfluß auf den Alkoholgenuß ausüben."

Eine polnische Ausstellung.

Zum hundertsten Jahrestag des Warschauer Novemberaufstandes von 1830, der seinerzeit in ganz Polen festlich begangen wurde, wurde u. a. im Großpolnischen Museum zu Posen, dem früheren Kaiser-Friedrich-Museum, eine Ausstellung gezeigt, die in der Hauptsache (von Kustos Dr. Alfred Brosig zusammengestellt) Graphik, Landkarten, Bücher, Drucke, Noten, Münzen und dergleichen, ferner Waffen und Uniformstücke, Gemälde, Akten, persönliche Erinnerungen usw. zeigt. Das Bezeichnende an dieser Ausstellung, die doch „eine Erinnerung an eine große Zeit der polnischen Geschichte" darstellen soll, ist nun, daß die ausgestellten Gegenstände größtenteils — deutschen Ursprunges und daß die Personen, die als Helden der polnischen Geschichte hier gefeiert werden, großenteils — deutscher Abstammung sind. Ein Gang durch die Ausstellung, über den die „Deutschen Blätter in Polen" (Heft 2, 1931, S. 98—101) berichten, soll das beweisen; es heißt dort u. a.:

Typisch dafür, wie oft Fremde den Polen — ebenso übrigens z. B. den Russen, vgl. die Namen der Feldherren 1830/31 — führende Köpfe geliefert haben, die in der Staats- und Kulturentwicklung etwas bedeutet haben (im Mittelalter nord- u. westgerm. Adel, deutsche und andere „westliche" Geistliche, deutsches Bürgertum usf.), ist, daß für Warschau damals, 1830/31, als Verleger vertreten sind: Paul Pellizzaro, K. L. Magnus, J. Kißwalter. Auch unter den Belwederestürmern finden sich drei deutsche Namen, unter den Generalen Eustach. Grotthus, Jan Weyssenhoff, unter den politischen Führern Lelewel (= Löllhöffel, dessen Urgroßvater noch preuß. Gesandter in Warschau gewesen war) usw. Im Heeresmuseum stehen unter den wenigen Büsten jetziger Generale auch die von Jos. Haller, dessen Großvater müttlicherseits Viktor Treter hieß, wie an anderer Stelle zu lesen ist, und v. Unrug, dessen Vorfahren einst deutschevangelisch waren und v. Unruh hießen, wie ein anderer Zweig heute noch. In der Abteilung „Heldinnen" ist am häufigsten die junge Plater vertreten, die ein Bild eigenhändig nicht als Emilja Platerówna, sondern Emilie Plater unterschrieben hat.

In der umfangreichen Büchersammlung findet sich auch eins mit dem im Stil der Zeit gebildeten schönen Titel: „Die Gräfin als Amazone oder das blutige Haupt. Wahrheit und Dichtung aus dem letzten Polenkriege" (Ilmenau 1831). Natürlich konnte nicht das ganze damalige, „Polenlieder und -romane" umfassende, mehr oder minder „schöne Schrifttum" ausgestellt werden, sondern nur Stichproben. Fühlte sich doch damals beinahe jeder west- und süddeutsche Dichter verpflichtet, etwas dazu beizusteuern; nur das jüdische enfant terrible Heinrich Heine machte das auf seine Art durch das berühmt-berüchtigte Gedicht von Krapülinski und Waschlapski. Natürlich ist auch der Sachse Julius Mosen mit seinen „Letzten Zehn vom 4. Regiment" auf einem sentimentalen Stich vertreten, kennzeichnend für die in der polnischen Geschichte ungewöhnlich häufige Legendenbildung. In Wirklichkeit waren nämlich diese letzten „Zehn" noch etliche Kompagnien stark, als sie die preußische Grenze überschritten. Theaterhaft wirkt ein anderer Stich, auf dem zu lesen und zu sehen ist, wie Angehörige dieses gleichen Truppenteils nach dem Heldentode von Ludwig Mycielski bei Olszynka sein aus der Brust der Leiche genommenes Herz auf ihrer Fahne befestigen und daraufhin so begeistert werden, daß sie den Ort stürmen.

Die Landkarten, die die polnischen Führer während des Aufstandes benutzten und auf denen man durch Vergleich mit heutigen hübsch feststellen kann, wie deutscher Fleiß ebenso wie früher auch nach 1800 noch einstiges Waldland erst gerodet und so der Kultur erschlossen hat, sind ebenso wie einige große Werke über den Krieg (Smitt, Spazier usw.) von Deutschen verfertigt, sowohl Österreichern wie Preußen. Die von F. B. Engelhardt entworfene Karte hat General Zaluski benutzt. Die jüngste ausgestellte Posener Veröffentlichung zum Novemberaufstand ist ein Sonderabdruck aus der „Deutschen Wissenschaftlichen Zeitschrift für Polen", ein Aufsatz von Prof. Manfred Laubert über Stadt und Provinz Posen zu Beginn des Aufstandes.

Auch die teilweise deutschen Titel der ausgestellten Musikstücke sind anziehend: Marsch der israelitischen Nationalgarde in Warschau, Krakusenlied, Marsch der Sensenträger beim Auszuge aus Warschau, Marsch der polnischen Scharfschützen. Viel entstammt in diesen Teilen den Sammlungen der Herren Stanislaus Latanowicz und Teofil Mielcarzewicz zu Posen.

Wie ein Märchen aus einer anderen Welt klingt die Unterschrift unter zwei Stichen, die das Treffen bei Stoczek und die Schlacht bei Grochów darstellen: „Dem großen Deutschen Volke, für seine edlen brüderlichen Gefühle zum Zeichen der dankbaren, in den Herzen der Polen unauslöschbaren Huldigung gewidmet vom Herausgeber Fr. Xav. von Obuchowicz, Oberst der poln. Kavallerie."

Ostmärkisches Allerlei.

Dr. Sahm.

Die Berufung Dr. Sahms, des ehemaligen Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig, zum Oberbürgermeister von Berlin, wurde von der polnischen Presse, u. a. vom „Kurjer Poranny" als eine „deutsche Kundgebung ganz besonderer Art" bezeichnet. Das genannte Blatt erblickt darin ein „Symbol des neuen Kurses der deutschen Politik", die den Senat der Freien Stadt Danzig nur als „Munizipalbehörde einer der Städte des Deutschen Reiches" betrachte. „Es ist dies", fährt der „Kurjer Poranny" fort, „ein interessanter Beitrag zur Anschlußpolitik gegenüber Wien, wo die österreichische Regierung bereits gewissermaßen in gleicher Weise behandelt wird wie die Lokalregierungen in Dresden, München, Weimar usw. Das Blatt stellt dem neuen Berliner Oberbürgermeister schließlich folgendes Zeugnis aus: „Zehn Jahre hat Sahm in Danzig einen hartnäckigen diplomatischen Kampf gegen Polen geführt, in Danzig beim Hohen Kommissar des Völkerbundes und in Genf vor dem Forum des Völkerbundes; er hat sich durch preußischen Nationalismus und besonderen Haß gegen Polen ausgezeichnet." — Dann sollte sich der „Kurjer" doch freuen, daß Sahm nicht mehr Danziger Senatspräsident, sondern „Ober" von Berlin geworden ist und damit nicht mehr in der Lage sein wird, die diplomatische Tätigkeit zu entfalten, durch die er dem „Kurjer" so unangenehm aufgefallen zu sein scheint.

Dr. Sahm (der Volkspartei nahestehend) wurde am 12. September 1877 in Anklam in Pommern als Sohn eines Kaufmanns geboren. Er studierte an den Universitäten Berlin, München und Greifswald Rechts- und Staatswissenschaften, wurde 1904 Magistratsassessor im städtischen Verwaltungsdienst von Stettin, später Stadtrat in Magdeburg, dann Zweiter Bürgermeister in Bochum. Im Weltkrieg wurde er im Auftrag des deutschen Reichsamts des Innern als Kommunalreferent für die Stadt Warschau in die dortige deutsche Zivilverwaltung berufen. Am 1. Juli 1918 wählte ihn der Deutsche und Preußische Städtetag zu seinem Geschäftsführer. 1919 wurde Sahm Oberbürgermeister von Danzig. In dieser Eigenschaft nahm er nach Bildung des Freistaates Danzig an der Einrichtung des neuen Staatswesens teil. Bei den Beratungen in Paris über die Konvention und in Genf über die Verfassung war er Führer der Danziger Delegation. Als Danzig sich eine eigene Regierung schuf, wurde Dr. Sahm vom Volkstag zum Präsidenten des Senats gewählt.

Ein Briefkastenprozeß in Danzig.

Ein Danziger Kellner, der am 12. Oktober v. J. einen der widerrechtlich im Danziger Stadtgebiet von der polnischen Postverwaltung angebrachten polnischen Briefkasten beschädigt hatte, hatte sich vor einiger Zeit wegen Sachbeschädigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt (da er sich geweigert hatte, bei der Festnahme seine Personalien anzugeben) zu verantworten. Im Falle der Sachbeschädigung erkannte der Richter auf Freisprechung, denn für eine Anwendung des § 304 des Strafgesetzbuches, der eine Bestrafung für eine Beschädigung von der Allgemeinheit dienenden Gegenständen vorsieht, könne sich das Gericht nicht entschließen, „weil ein polnischer Briefkasten in Danzig nicht zum Nutzen der Allgemeinheit, sondern höchstens zu deren Schaden gereiche".

Die polnische Presse hat eine Haupt- und Staatsaktion aus dieser Geschichte vom beleidigten Briefkasten gemacht. Die Regierung sollte beim Danziger Senat gegen das freisprechende Urteil des Danziger Gerichts einen diplomatischen Protest einlegen. Sollte die Danziger Regierung sich auf die Unabhängigkeit der Gerichte berufen, so müsse Polen auf Grund der mit Danzig abgeschlossenen Verträge den Erlaß eines neuen Gesetzes durch die Freie Stadt verlangen, das dem polnischen Eigentum in Danzig uneingeschränkten Schutz angedeihen lassen würde.

Hier darf in deutscher Sprache nur geflüstert werden.

Wie der richtige Westpole beim Gebrauch der deutschen Sprache sich verhalten soll, darüber erteilt der „Kurjer Poznanski" eine recht ergötzliche Anweisung. Das genannte Posener Blatt verschließt sich aus geschäftlichen Gründen nicht der Einsicht, daß die polnischen Kaufleute Westpolens deutschsprechenden Kunden in deutscher Sprache antworten müssen. Über das Verhalten jedoch, das die polnischen Kaufleute dabei beobachten sollen, schreibt die Zeitung folgendes vor: Wenn deutsch gesprochen werde, dann müßten solche Gespräche mit taktvoller Diskretion geführt werden. In der Praxis sei das oft nicht der Fall. Es gebe polnische Kaufleute, die in dieser Beziehung mehr sündigten, als ihre deutschen Kunden. Erscheine im Laden ein Deutscher, so werde er von ihnen mit Bevorzugung behandelt, und man spreche mit dem Kunden laut und affektiert in deutscher Sprache. Das sei ein Mangel an nationaler und bürgerlicher Würde. Wenn hier das Publikum Diskretion verlange, so sei dies ein bescheidener Wunsch.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Verlag: Deutscher Ostbund E.V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.